

Amtsberichte der kantonalen Gerichte über das Jahr 2015

Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer
Verwaltungsgericht, Versicherungsgericht, Verwaltungsrekurskommission

Inhaltsverzeichnis

A.	Zivil- und Strafjustiz	3
	Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer	3
1	Personelles	4
1.1	Kantonsgericht (einschliesslich Handelsgericht und Anklagekammer)	4
1.2	Kreisgerichte	4
2	Rechtsprechung	5
2.1	Allgemeines	5
2.2	Geschäftslast Kantonsgericht (einschliesslich Handelsgericht und Anklagekammer)	5
2.3	Geschäftslast Kreisgerichte	7
2.4	Geschäftslast Schlichtungsbehörden	9
2.5	Verfahrensdauern	9
2.5.1	Kantonsgericht	10
2.5.2	Kreisgerichte	10
3	Justizverwaltung	11
3.1	Allgemeines	11
3.2	Erneuerungswahlen Kreisgerichte und Schlichtungsbehörden	11
3.3	Nachtrag von Erlassen	12
3.4	Vernehmlassungen	12
3.5	Personelle Auswirkungen Ausschaffungsinitiative und Durchsetzungsinitiative	13
3.6	Kreisgerichtspräsidenten-Konferenz	13
3.7	Weiterbildung	14
3.8	Verwaltungsjustizreform	15
4	Anwaltpatente	15
5	Rechtsagentenpatente	16
6	Anhang: Statistik	17
I.	Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer	17
II.	Kreisgerichte	36

III.	Vermittlerämter	53
IV.	Schlichtungsstellen für Miete und Pacht	55
V.	Schlichtungsstellen für Arbeitsverhältnisse	56
VI.	Schlichtungsstelle für Klagen nach dem Gleichstellungsgesetz	57
B.	Verwaltungsjustiz	58
7	Verwaltungsgericht	58
7.1	Personelles	58
7.2	Geschäftslast	58
7.3	Art der Erledigung und Dauer der Verfahren	60
7.4	Beschwerden beim Bundesgericht	61
7.5	Justizverwaltung, Aufsicht über Verwaltungsrekurskommission und Versicherungsgericht	61
8	Versicherungsgericht	61
8.1	Personelles	61
8.2	Geschäftslast	61
9	Verwaltungsrekurskommission	64
9.1	Personelles	64
9.2	Geschäftslast	64
9.3	Art der Erledigung und Dauer der Verfahren	66

A. Zivil- und Strafjustiz

Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer an den Kantonsrat des Kantons St.Gallen

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir erstatten Ihnen nach Art. 45 Abs. 2 des Gerichtsgesetzes (sGS 941.1; abgekürzt GerG)
Bericht über die Amtsführung im Jahr 2015.

St.Gallen, im Februar 2016

Im Namen des Kantonsgerichtes,
Der Präsident:
Dr. Dominik Scherrer

Der Generalsekretär:
Fürsprecher Michael Balmelli

Im Namen des Handelsgerichtes,
Der Präsident:
lic.iur. Rolf Brunner

Im Namen der Anklagekammer,
Der Präsident:
lic.iur. Ivo Kuster

1 Personelles

1.1 Kantonsgericht (einschliesslich Handelsgericht und Anklammer)

Der Kantonsrat hat in der Februarsession Dr. Dominik Scherrer zum Präsidenten des Kantonsgerichtes ab 1. Juni 2015 für die Amtsdauer 2015/2017 gewählt.

Auf Ende Mai trat Kantonsrichter Hans Schawalder infolge Pensionierung zurück. Hans Schawalder stand während rund 40 Jahren im Dienst der st.gallischen Justiz und war in dieser Zeit in verschiedenen Gerichten tätig. Sein Weg führte ihn vom Gerichtsschreiber am damaligen Bezirksgericht Rorschach zum juristischen Sekretär bei der Verwaltungsrekurskommission. Von dieser wechselte er als Gerichtsschreiber an das Kantonsgericht. 1982 wurde er zum Abteilungspräsidenten der Verwaltungsrekurskommission gewählt. 1990 erfolgte sodann die Wahl zum Mitglied des Kantonsgerichtes. Am Kantonsgericht prägte Hans Schawalder rund 25 Jahre die Rechtsprechung der III. Zivilkammer wesentlich mit. Während dieser Zeit übernahm er auch mehrfach das Kammerpräsidium (1993-95, 2001-03, 2005-07 und 2010-11). In den letzten Jahren war Hans Schawalder auch für die I. Zivilkammer tätig. Während seiner ganzen Zeit als Kantonsrichter war er zudem als Mitglied beziehungsweise als Vizepräsident des Handelsgerichtes im Einsatz. Der berufliche Werdegang von Hans Schawalder zeugt von seinem breiten Interesse sowohl am Privatrecht als auch am öffentlichen Recht. Über Jahrzehnte hat er sein breites Wissen mit grossem Engagement in die Rechtsprechung einfliessen lassen. Mit ihm verliert das Kantonsgericht eine Richterpersönlichkeit, welche sich über Jahrzehnte für die st.gallische Justiz eingesetzt hat. Ihm gebühren für seinen wertvollen und langjährigen Einsatz im Dienst der St.Galler Justiz der Dank und die Anerkennung der Öffentlichkeit.

Als Nachfolger für Hans Schawalder hat der Kantonsrat in der Februarsession Benedikt Landolt, bisher Ersatzrichter am Kantonsgericht, als hauptamtlichen Kantonsrichter gewählt.

Für die per Ende 2014 zurückgetretene Ersatzrichterin Suzanne Bühler-Aebi wurde Marcel Landolt als Ersatzrichter gewählt. In der Septembersession hat der Kantonsrat sodann Evelyne Angehrn-Guggenbühl als Ersatzrichterin für den aufgrund seiner Wahl zum Kantonsrichter als Ersatzrichter zurückgetretenen Benedikt Landolt gewählt.

1.2 Kreisgerichte

Kreisgericht St.Gallen: Als Ersatz für den infolge seiner Wahl zum Stadtrat in St.Gallen zurückgetretenen Peter Jans ist Peter Frei, bisher Richter und Vizepräsident am Kreisgericht St.Gallen, zum Kreisgerichtspräsidenten gewählt worden. In der folgenden Ersatzwahl wurde Tom Frischknecht, bisher Gerichtsschreiber am Kantonsgericht, zum Richter gewählt.

Kreisgericht Rheintal: Auf Ende des Berichtsjahres trat Urs Peter Cavelti infolge seines Wechsels in die Advokatur als Kreisgerichtspräsident zurück. Neu als Kreisgerichtspräsidentin gewählt wurde Caroline Gstöhl, bisher Richterin am Kreisgericht Rheintal. In der folgenden Ersatzwahl wurde Dominik Gebert zum Richter gewählt.

Erneuerungswahlen: Siehe unten Seite 11 und Amtsbericht 2014, Seite 4.

2 Rechtsprechung

2.1 Allgemeines

Für die Rechtsprechung wird auf die Gerichts- und Verwaltungspraxis 2015 (GVP) sowie auf die auf der Website der Gerichte (www.gerichte.sg.ch) publizierten Entscheide verwiesen.

2.2 Geschäftslast Kantonsgericht (einschliesslich Handelsgericht und Anklagekammer)

Die Gesamtübersicht zeigt, dass die Anzahl der im Jahr 2015 eingegangenen Fälle in der Bandbreite der Falleingänge der letzten zehn Jahre liegt. Dabei ist – wie bereits im letzten Amtsbericht – darauf hinzuweisen, dass die erhöhten Fallzahlen der Jahre 2010 bis 2012 auf Besonderheiten zurückzuführen sind (vgl. Amtsbericht 2014, Seite 5). Auch die Anzahl Erledigungen und Pendenzen liegt im üblichen Rahmen.

Im Berichtsjahr gingen 1'786 Fälle ein und 1'823 Fälle konnten erledigt werden. Die Gesamtzahl der Pendenzen von 608 (Stand Ende 2014) konnte damit auf 571 (Stand Ende 2015) reduziert werden.

Nachfolgend werden die Fallzahlen der einzelnen Kammern und Einheiten dem Mittelwert der Falleingänge der Jahre 2012 bis 2014 (abgekürzt Ø 2012-14) gegenübergestellt.

In der I. Zivilkammer blieb die Anzahl der eingegangenen Kollegialfälle (ohne verfahrensleitende Verfügungen) im Berichtsjahr im Vergleich zum Mittelwert der Vorjahre praktisch konstant (9; Ø 2012-14: 10). In der III. Zivilkammer sind die eingegangenen Kollegialfälle im Vergleich zum Durchschnitt der letzten drei Jahre um rund 18 Prozent gesunken (47; Ø 2012-14: 57). Bei der II. Zivilkammer (Familienrecht) blieb die Anzahl der eingegangenen Kollegialfälle (ohne verfahrensleitende Verfügungen) auf dem Mittelwert der Vorjahre (52; Ø 2012-14: 52). Die Falleingänge (ohne verfahrensleitende Verfügungen) bei der Einzelrichterin und beim Einzelrichter im Personen-, Erb- und Sachenrecht stiegen um rund 53 Prozent an (22; Ø 2012-14: 14). Die Anzahl Weiterzüge (jeweils ohne verfahrensleitende Verfügungen) an den Einzelrichter in Familiensachen nahmen um 13 Prozent ab (77; Ø 2012-14: 89). Die Zahl der Weiterzüge an den Einzelrichter beziehungsweise die Einzelrichterin im Obligationenrecht blieb mit Blick auf den Durchschnitt der letzten drei Jahre konstant (70; Ø 2012-14: 70). Im Bereich der SchKG-Verfahren nahmen die Weiterzüge an den Einzelrichter im Vergleich zum Mittelwert der Vorjahre geringfügig zu (112; Ø 2012-14: 109).

Bei der Strafkammer blieben die Kollegialfälle im Vergleich zum Mittelwert der Vorjahre praktisch konstant (124; Ø 2012-14: 128).

Die Kollegialfälle in der Zuständigkeit des Handelsgerichtes sind im Vergleich zum Mittelwert der Vorjahre um rund 15 Prozent gesunken (55; Ø 2012-14: 65). Die Falleingänge in der Zuständigkeit des Handelsgerichtspräsidenten gingen um rund 10 Prozent zurück (170; Ø 2012-14: 190). Zurück gingen namentlich die Zahl an vorsorglichen Massnahmen (16; 2014: 24) und die Zahl der Verfahren betreffend Mängel in der Gesellschaftsorganisation (119; 2014: 143).

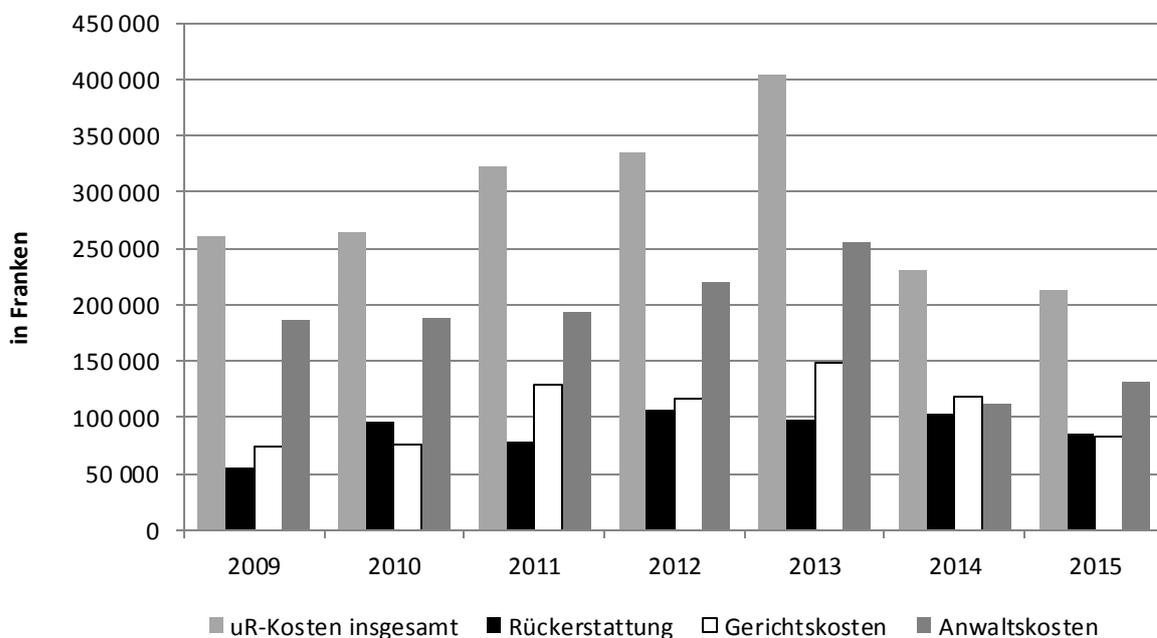
Bei der Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs und über das Handelsregister nahmen die Fallzahlen erneut zu und erhöhten sich im Vergleich zu den letzten drei Vorjahren um 76 Prozent (81; Ø 2012-14: 46). Die 81 Fälle teilen sich auf in 69 aus dem Bereich Schuldbetreibung und Konkurs und 12 betreffen das Handelsregister.

Die Zahl der Kollegialfälle bei der Anklagekammer blieb praktisch konstant (310; Ø 2012-14: 311). Als Hauptkategorien zu erwähnen sind die Verfahren betreffend Nichtanhandnahme und Nichtzulassung (53 Fälle) sowie die Ermächtungsverfahren (134 Fälle). Die Zahl der Präsidialfälle ist um 15 Prozent angestiegen (65; Ø 2012-14: 57).

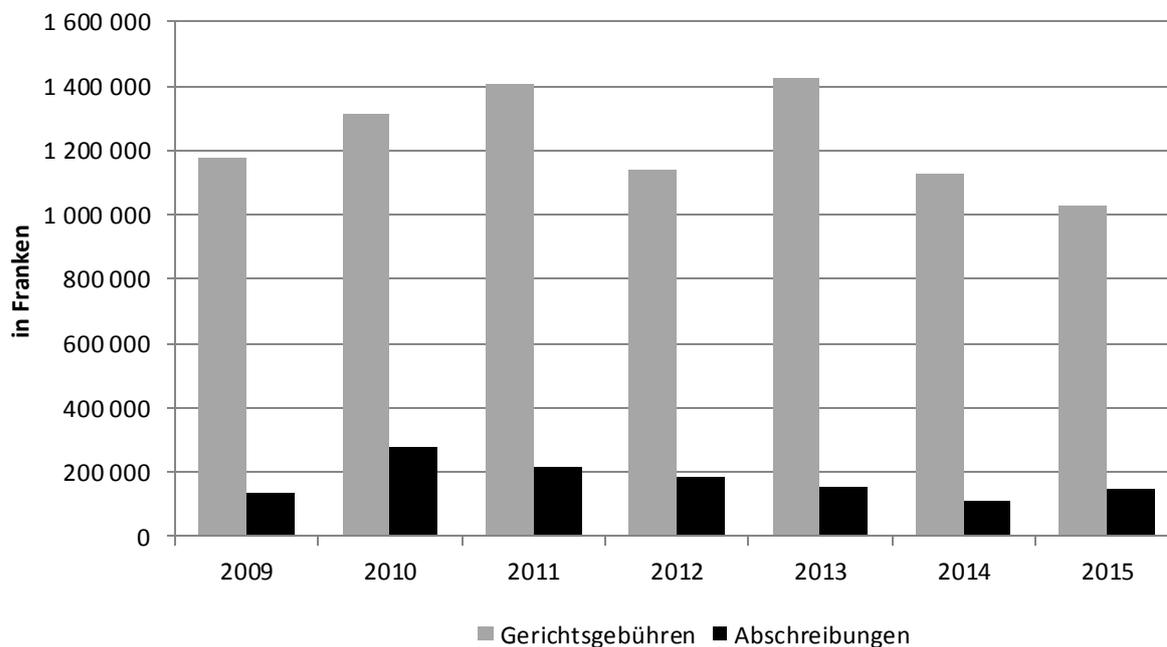
Bei der Anwaltskammer gingen bei den Kollegialfällen im Vergleich zu den Fallzahlen der Vorjahre fünf Fälle weniger ein (5; Ø 2012-14: 10). Praktisch konstant blieb die Anzahl Fälle in der präsidentialen Zuständigkeit (75; Ø 2012-14: 72).

Die Anzahl Gesuche um unentgeltliche Rechtspflege in Zivilverfahren (einschliesslich Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs und über das Handelsregister) erhöhte sich um rund 7 Prozent (152; Ø 2012-14: 142). Von den 152 Gesuchen entfallen 109 (Ø 2012-14: 102) auf den Bereich Familienrecht. Bei der Strafkammer reduzierte sich die Anzahl Gesuche um amtliche Verteidigung beziehungsweise unentgeltliche Verbeiständung der Privatklägerschaft im Vergleich zum Mittelwert der Vorjahre um 16 Prozent (56; Ø 2012-14: 67). Bei der Anklagekammer nahmen die Gesuche um 41 Prozent zu (53; Ø 2012-14: 38). Die Abrechnung der insgesamt bewilligten Gesuche ergibt im Vergleich zum Vorjahr um rund 7 Prozent tiefere Kosten. Mit der systematischen Bewirtschaftung der Nachforderungen wird eine angemessene Rückerstattung sichergestellt.

Die unentgeltliche Rechtspflege in Strafsachen (amtliche Verteidigung und unentgeltliche Verbeiständung der Privatklägerschaft) wird über die Staatsanwaltschaft abgerechnet.



Gerichtsgebühren in Zivilverfahren (Strafverfahren werden über die Staatsanwaltschaft abgerechnet)



2.3 Geschäftslast Kreisgerichte

Wie beim Kantonsgericht ist auch bei den Kreisgerichten wie bereits im letzten Amtsbericht eine Zehnjahresübersicht zur Entwicklung der Geschäftslast eingefügt (vgl. Anhang Statistik, Ziff. II.1). Diese zeigt ein relativ konstantes Bild. Eine Betrachtung der Gesamtzahl in den Jahren vor und nach der Prozessrechtsreform 2011 ergibt, dass der Mittelwert der Falleingänge der letzten fünf Jahre (2011 bis 2015; 12'647) praktisch auf gleicher Höhe liegt wie der Mittelwert der fünf Jahre vor der Prozessrechtsreform (2006 bis 2010; 12'762).

Wie beim Kantonsgericht erfolgt auch bei den Kreisgerichten in den nachfolgenden Ausführungen ein Vergleich der Zahlen des Berichtsjahres mit dem Mittelwert der Falleingänge aus den Jahren 2012 bis 2014 (abgekürzt Ø 2012-14).

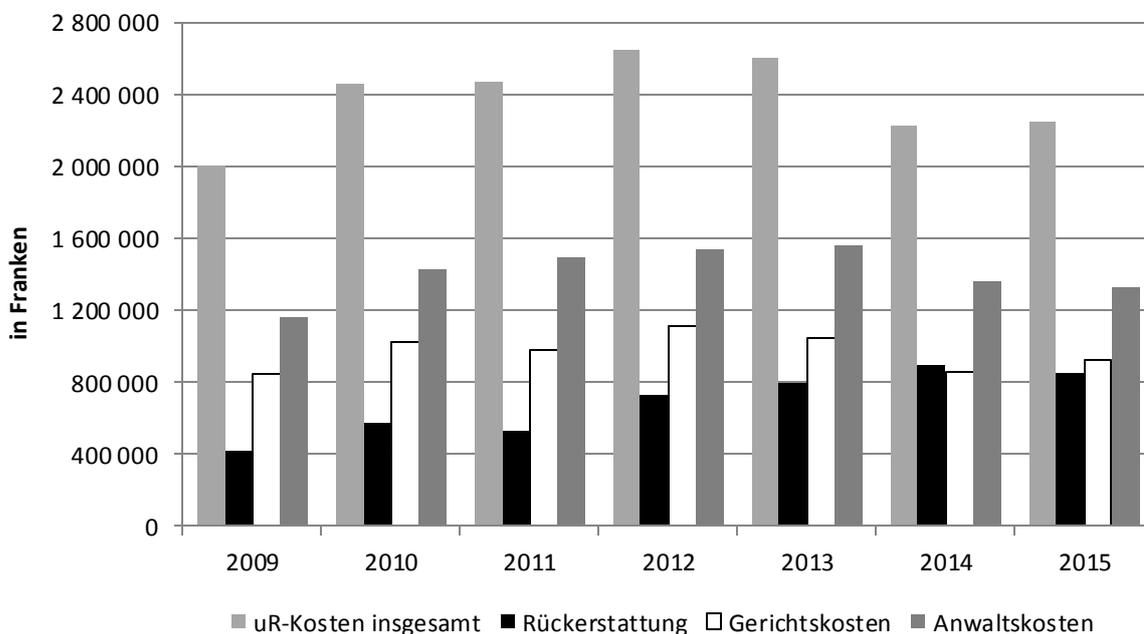
Die Gesamtzahl der neu eingegangenen Fälle aller Kreisgerichte liegt mit einer Abnahme von rund 4 Prozent nur geringfügig unter dem Niveau der Vorjahre (12'327; Ø 2012-14: 12'788). Da im Berichtsjahr bei 12'327 Falleingängen 12'357 Fälle erledigt werden konnten, konnte die Gesamtzahl der Pendenzen von 2'531 (Stand Ende 2015) auf dem Niveau des Vorjahres (Stand Ende 2014: 2'574) gehalten werden. Einer Fallzunahme von rund 5 Prozent bei den Kollegialfällen (605; Ø 2012-14: 574) steht eine Abnahme von rund 4 Prozent bei den Einzelrichterfällen (10'610; Ø 2012-14: 11'102) gegenüber, je ohne Ehescheidungen/ -trennungen. Letztere sind mit 1'112 Falleingängen auf der Höhe der Falleingänge der Vorjahre (Ø 2012-14: 1'112).

Bei den Kollegialfällen in Zivilsachen hat die Zahl der Eingänge (ohne Ehescheidungen/ -trennungen) gegenüber dem Mittelwert der Vorjahre um rund 10 Prozent zugenommen (378; Ø 2012-14: 344). Bei den Einzelrichterfällen in Zivilsachen (vereinfachte Verfahren, Summarverfahren und verfahrensleitende Verfügungen, ohne Beschwerden gegen Betreibungsämter) sind die Falleingänge im Vergleich zum Mittelwert der Vorjahre hingegen leicht zurückgegangen (9'326; Ø 2012-14: 9'704). Die Beschwerdeverfahren gegen Betreibungsämter haben um rund 16 Prozent abgenommen (112; Ø 2012-14: 133).

Die Kollegialfälle in Strafsachen haben im Berichtsjahr gegenüber dem Mittelwert um rund 6 Prozent abgenommen (193; Ø 2012-14: 206). Die Einzelrichterfälle in Strafsachen haben im Berichtsjahr gegenüber dem Mittelwert der Vorjahre hingegen leicht zugenommen (381; Ø 2012-14: 370). Die Anzahl verfahrensleitender Verfügungen in Strafsachen hat im Vergleich zu den Vorjahren ebenfalls leicht zugenommen (69; Ø 2012-14: 64).

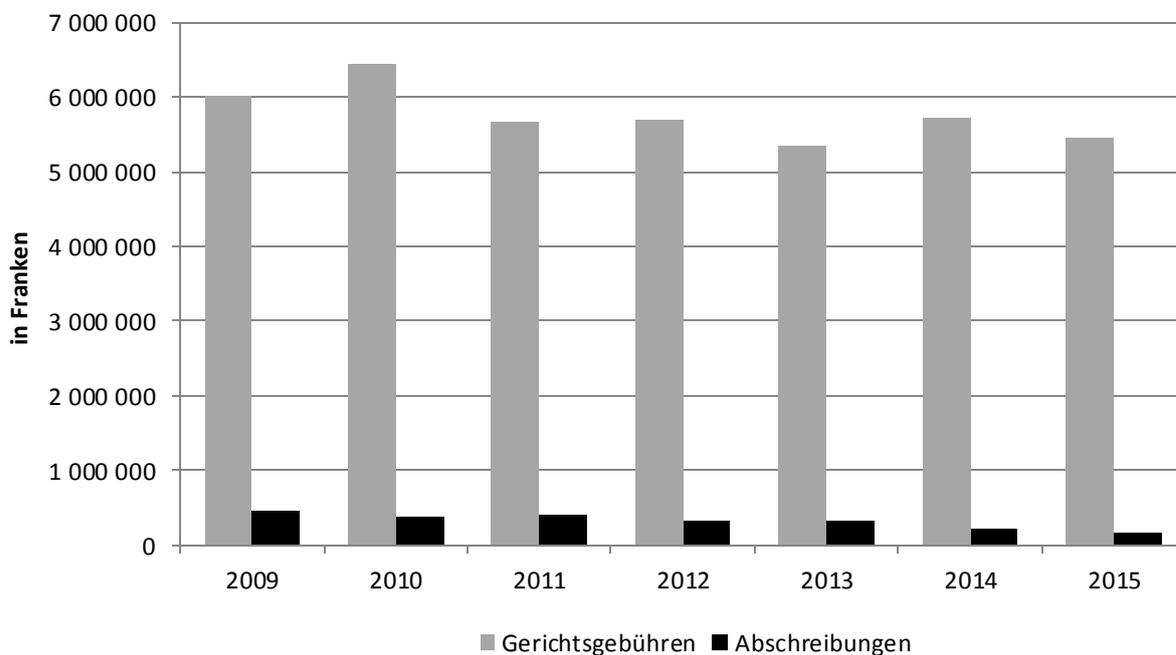
Die Fallzahlen der regionalen Zwangsmassnahmenrichter haben im Vergleich zum Mittelwert der Vorjahre um rund 7 Prozent abgenommen (372; Ø 2012-14: 399). Beim kantonalen Zwangsmassnahmengericht sind im Vergleich rund 19 Prozent weniger Fälle eingegangen (350; Ø 2012-14: 432).

Die Gesuche um unentgeltliche Rechtspflege sind um rund 8 Prozent zurückgegangen (1'507; Ø 2012-14: 1'642). Wie beim Kantonsgericht sind auch hier die Bemühungen um die systematische Bewirtschaftung der Nachforderungen aus unentgeltlicher Rechtspflege festzuhalten.



Die unentgeltliche Rechtspflege in Strafsachen (amtliche Verteidigung und unentgeltliche Verbeiständung der Privatlägerschaft) wird über die Staatsanwaltschaft abgerechnet.

Gerichtsgebühren in Zivilverfahren (Strafverfahren werden über die Staatsanwaltschaft abgerechnet)



2.4 Geschäftslast Schlichtungsbehörden

Auch bei den Schlichtungsbehörden erfolgt ein Vergleich der Zahlen des Berichtsjahres mit dem Mittelwert der Falleingänge aus den Jahren 2012 bis 2014 (abgekürzt Ø 2012-14).

Die Gesamtzahl der Eingänge bei den Vermittlerinnen und Vermittlern ging im Vergleich zum Mittelwert der Vorjahre um rund 12 Prozent zurück (1'702; Ø 2012-14: 1'930). In 525 Fällen beziehungsweise im Umfang von rund 31 Prozent der gesamten Erledigungen (1'688) konnte im Berichtsjahr ein Vergleich beziehungsweise ein Klagerückzug oder eine Klageanerkennung anlässlich des Vermittlungsvorstandes erwirkt werden. In 134 Fällen konnte die Angelegenheit mit einem angenommenen Urteilsvorschlag erledigt werden, und in 54 Fällen wurde von der Möglichkeit des Entscheides Gebrauch gemacht. In 617 Fällen wurde eine Klagebewilligung ausgestellt.

Die Gesamtzahl der Eingänge bei den Schlichtungsstellen für Miet- und Pachtverhältnisse nahm im Vergleich zu den Vorjahren um rund 13 Prozent ab (1'176; Ø 2012-14: 1'347). Bei 41 Prozent (492) der Erledigungen (1'200) konnte eine Einigung erzielt werden. In 302 Fällen wurde eine Klagebewilligung ausgestellt. Die Gesamtzahl der Eingänge bei den Schlichtungsstellen für Arbeitsverhältnisse nahm im Vergleich zu den Vorjahren um rund 12 Prozent zu (824; Ø 2012-14: 735). In rund 46 Prozent (378) aller Erledigungen (818) konnte ein Vergleich beziehungsweise ein Klagerückzug oder eine Klageanerkennung erzielt werden. In 273 Fällen wurde eine Klagebewilligung ausgestellt.

2.5 Verfahrensdauern

Wie bereits in früheren Amtsberichten werden nachstehend die Verfahrensdauern bestimmter (erledigter) Verfahren des Kantonsgerichtes und der Kreisgerichte dargestellt. Mit Blick auf die Dauer von *pendenten* Verfahren richtet das Kantonsgericht im Rahmen des Fristencontrollings bei den Kreisgerichten den Blick systematisch auf jene Fälle, welche seit mehr als 3 Jahren hängig sind. Für diese Verfahren hat die zuständige Richterin beziehungsweise der zuständige Richter

unter Einbezug der Kreisgerichtspräsidentin beziehungsweise des Kreisgerichtspräsidenten zuhanden des Kantonsgerichtes zum Verfahrensgang Stellung zu nehmen und die geplanten Verfahrensschritte darzulegen.

2.5.1 Kantonsgericht

	Dauer des Verfahrens (in Monaten)									
	bis 6	bis 9	bis 12	bis 15	bis 18	bis 24	bis 36	bis 48	bis 60	über 60
Berufungen I. und III. Zivilkammer	19	12	11	7	3	1	2	-	1	-
Berufungen II. Zivilkammer	4	4	5	5	5	1	2	3	2	-
Eheschutz Einzelrichter Familienrecht	12	7	3	-	1	-	-	-	-	-
Klagen Handelsgericht	11	6	8	6	4	4	8	-	-	6
Vorsorgliche Massnahmen Handelsgerichtspräsidium	18	1	1	-	1	-	-	-	1	-
Berufungen Strafkammer	20	23	33	8	9	11	2	4	-	-

Hinweis:

In Fällen mit einer Verfahrensdauer von über 36 Monaten bestanden ausgewiesene Gründe (insb. Sistierungen, Gutachten usw.).

2.5.2 Kreisgerichte

	Dauer des Verfahrens (in Monaten)									
	bis 6	bis 9	bis 12	bis 15	bis 18	bis 24	bis 36	bis 48	bis 60	über 60
Zivilsachen Kollegialgericht ohne Ehescheidung	188	45	32	17	16	26	22	3	5	10
Zivilsachen Einzelrichter Vereinfachtes Verfahren	494	133	43	24	15	19	3	2	1	3
Ehescheidungen/ -trennungen Kollegialgericht / Familienrichter	830	83	46	33	19	39	25	6	5	3
Eheschutz Familienrichter	460	19	11	7	4	1	2	-	-	-
Strafsachen Kollegialgericht	145	29	13	8	6	1	1	-	-	-
Strafsachen Einzelrichter	301	32	12	2	1	2	3	-	-	2

3 Justizverwaltung

3.1 Allgemeines

Grössere Geschäfte, welche das Kantonsgericht und die Kreisgerichte im Berichtsjahr beschäftigten, waren die Gesamterneuerungswahlen der Kreisgerichte und Schlichtungsbehörden, kantonale oder eidgenössische Vorlagen auf Verfassungs- und Gesetzgebungsstufe, Anpassungen eigener Erlasse, Finanzen, Besoldungswesen und Weiterbildungsveranstaltungen. Das Kantonsgericht war neben der eigenen Justizverwaltung namentlich auch mit vielfältigen Bereichen der Aufsicht über die sieben Kreisgerichte, die 15 Schlichtungsstellen und die 19 Vermittlungsämter (ab 1. Juni: 13 Vermittlungsämter) befasst. Die Aufsicht berührte dabei alle Bereiche wie Finanzen, Personelles, Weiterbildung, Bau-, Raum- und Mobiliarwesen, Informatik, Sicherheit, Kommunikation sowie Erlasse und Weisungen. Dazu kam der vielfältige Geschäftsverkehr mit der Staatskanzlei und den Departementen, mit Kommissionen des Kantonsrates, mit anderen kantonalen oder ausserkantonalen Gerichten und Amtsstellen und mit solchen des Bundes.

3.2 Erneuerungswahlen Kreisgerichte und Schlichtungsbehörden

Die laufende Amtsperiode der Kreisgerichte 2009 / 2015 endete am 31. Mai 2015, so dass die Gesamterneuerungswahlen auf den Beginn der neuen Amtsperiode 2015 / 2021 (1. Juni 2015) abgeschlossen sein mussten. Bei der Zeitplanung war zu berücksichtigen, dass die Wahlergebnisse in jedem einzelnen Gerichtskreis in unterschiedlicher Weise zustande kommen konnten, je nachdem ob es zu einer stillen Wahl, zu einem oder zu einem zweiten Wahlgang kommen würde. Erstmals wurden die Kreisgerichtspräsidentinnen oder Kreisgerichtspräsidenten, die hauptamtlichen oder teilamtlichen Kreisrichterinnen oder Kreisrichter und die nebenamtlichen Kreisrichterinnen oder Kreisrichter in jedem Gerichtskreis in einem je separaten Verfahren gewählt. Grundlage dafür bildete der V. Nachtrag zum Gerichtsgesetz, der auf den 1. Juni 2015 in Kraft trat, aber ausdrücklich schon für die Erneuerungswahlen der Kreisgerichte für die Amtsdauer 2015 / 2021 galt. Nachdem bezüglich der hauptamtlichen und teilamtlichen Richterinnen und Richter in allen Gerichtskreisen eine stille Wahl zustande gekommen war, hatten bezüglich der nebenamtlichen Richterinnen und Richter in den Gerichtskreisen St.Gallen und Werdenberg-Sarganserland ein Wahlgang und in Wil ein zweiter Wahlgang stattzufinden. Aufgrund des Rücktritts zweier Kreisgerichtspräsidenten (Gerichtskreise St.Gallen und Rheintal) mussten im Berichtsjahr bereits zwei Ersatzwahlverfahren für das Kreisgerichtspräsidium stattfinden, welches in beiden betroffenen Gerichtskreisen je mit einer stillen Wahl abgeschlossen werden konnte. Damit im Zusammenhang fanden auch Ersatzwahlen auf der Stufe hauptamtliche oder teilamtliche Kreisrichter statt. Während es im Gerichtskreis St.Gallen zu einer stillen Wahl kam, wurde im Gerichtskreis Rheintal ein Wahlgang nötig (zu den Wahlergebnissen siehe vorstehend S. 4).

Die Kreisgerichte hatten ihrerseits auf den Beginn der neuen Amtsperiode Wahlen, nämlich jene der Schlichtungsbehörden in ihrem Gerichtskreis, vorzunehmen. Rechtzeitig auf den Beginn der Amtsperiode konnten in allen Gerichtskreisen die paritätisch zusammengesetzte Schlichtungsstelle für Miet- und Pachtverhältnisse und jene für Arbeitsverhältnisse sowie die Vermittlungsämter besetzt werden. Im Zuge der Erneuerungswahlen wurden in den Gerichtskreisen See-Gaster, Toggenburg und Wil einzelne Vermittlerämter zusammengelegt. Nach diesen Zusammenschlüssen gibt es überwiegend Gerichtskreise mit noch je zwei Vermittlerämtern, einen Gerichtskreis mit drei Vermittlerämtern und zwei Gerichtskreise (Toggenburg, Wil) mit nur noch je einem Vermittleramtskreis. Nachdem das grösste Vermittleramt (St.Gallen) seit Jahren über eine hauptamtliche Vermittlerin verfügte, wird das Modell der festen Anstellung auch durch die neue Amtsinhaberin weitergeführt. Durch die Zusammenlegung im Gerichtskreis Wil von vier Vermittlerämtern zu einem Vermittleramt lagen ebenfalls die Voraussetzungen (ausreichende Fallzahlen) für eine feste Anstellung vor, so dass das neue Vermittleramt Wil durch einen teilamtlichen Vermittler geführt wird. Nicht durch die Kreisgerichte, sondern durch das Kantonsgericht ebenfalls auf den 1. Juni 2015 zu wählen war die kantonale Schlichtungsstelle für Klagen nach dem Gleichstellungsgesetz.

3.3 Nachtrag von Erlassen

Nachtrag zur Gerichtsordnung: Das Kantonsgericht hat im Berichtsjahr einen Nachtrag zur Gerichtsordnung beschlossen. Die Anpassung betraf zum einen die redaktionelle Umsetzung der mit dem V. Nachtrag zum Gerichtsgesetz eingeführten Neuerungen in der Bezeichnung der Richterinnen und Richter als hauptamtliche, teiltamtliche oder nebenamtliche. Zum andern wurden auf Anregung aus dem Kreise der Medienschaffenden die Bestimmungen zur Gerichtsberichterstattung angepasst. Mit den Anpassungen sollen für Medienschaffende im Bereich der Gerichtsberichterstattung zeitgemässe Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Als Optimierung gegenüber der bisherigen Ordnung ist der einfachere Zugang zur Akteneinsicht für Gerichtsberichterstatte(r)innen und Gerichtsberichterstatte(r) hervorzuheben. Im Zuge des Nachtrages zur Gerichtsordnung wurde sodann ein Anliegen der Schlichtungsbehörden auf Verkürzung der Aktenaufbewahrungsfrist umgesetzt.

Nachtrag zur Entschädigungsverordnung: Das Kantonsgericht und das Verwaltungsgericht (gemeinsam zuständig zum Erlass der Entschädigungsverordnung) haben einen Nachtrag zur Entschädigungsverordnung beschlossen. Mit der Anpassung wurde einem Anliegen der Vermittlerinnen und Vermittler betreffend Erhöhung der Fallpauschalen (für Entscheid und Urteilsvorschlag) Rechnung getragen.

Gesetzgebungsarbeiten Revision Honorarordnung: Die laufenden Arbeiten zur Revision der Honorarordnung (vgl. Amtsbericht 2014, S. 4) wurden im Berichtsjahr fortgesetzt. Zur einlässlichen Prüfung der Anliegen des St.Galler Anwaltsverbands wurden gerichtsinterne Arbeitsgruppen aus den Fachbereichen Strafrecht (mit Beizug einer Vertretung der Staatsanwaltschaft), Familienrecht, übriges ZGB/OR und Verwaltungsverfahren eingesetzt. Die Arbeitsgruppen wurden beauftragt, in ihrem Bereich die Anträge des Anwaltsverbands und darüber hinaus im Interesse einer vollständigen Betrachtung den Anpassungsbedarf der Honorarordnung auch in grundsätzlicher Weise zu prüfen. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wurden vom Kantonsgericht in einem Vorentwurf zusammengestellt und dem St.Galler Anwaltsverband zur Stellungnahme unterbreitet.

3.4 Vernehmlassungen

Im Berichtsjahr wurde das Kantonsgericht eingeladen, zur Interpellation 51.15.98 «Offenlegung der Interessenbindungen von Richtern und Staatsanwälten» Stellung zu nehmen. Im Zusammenhang der Thematik ist auf die bestehenden gesetzlichen Ausstandsvorschriften hinzuweisen, welche der Gewährleistung der richterlichen Unabhängigkeit beziehungsweise Unparteilichkeit in Zivilprozessen und in Strafverfahren dienen, wie auch auf die Bestimmungen im Personalrecht und Gerichtsgesetz zur Frage der Bewilligungspflicht beziehungsweise der Zulässigkeit von Nebenbeschäftigungen.

Das Kantonsgericht und die Mehrheit der Kreisgerichte stehen im Ergebnis einer Offenlegung der Interessenbindungen offen gegenüber, obwohl sich aus dem Gerichtsalltag keine Anzeichen für die Notwendigkeit einer solchen Regelung ergaben. Im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens wäre sicherzustellen, dass eine Offenlegungspflicht nur im Rahmen berechtigter öffentlicher Interessen statuiert würde und der Grundsatz der Verhältnismässigkeit gewahrt bliebe.

Im Berichtsjahr wurde das Kantonsgericht zudem zur Vernehmlassung zu verschiedenen Erlassen auf kantonaler Ebene und auf Bundesebene eingeladen. In den Stellungnahmen wurde wiederholt auf den mit Revisionen einhergehenden Mehraufwand für die Gerichte hingewiesen (so bei folgenden Gesetzgebungsprojekten: Bundesgesetz über die Verbesserung des Schutzes gewaltbetroffener Personen, Revision Bundesgerichtsgesetz, Gesetz über das Halten von Hunden, Änderung des Aktienrechts). Immer wieder ist festzustellen, dass Vorlagen für die Gerichte zu einer Mehrbelastung führen, welche entsprechend personelle Ressourcen binden. Eine gesetzgeberische Entlastung ist demgegenüber nicht erkennbar. Siehe dazu auch sogleich nachstehend.

3.5 Personelle Auswirkungen Ausschaffungsinitiative und Durchsetzungsinitiative

Im Berichtsjahr zeichneten sich auf Bundesebene Neuerungen ab, welche unmittelbare und beträchtliche Auswirkungen auf die Kantone und damit auch auf die st.gallische Strafjustiz haben werden. Zu nennen ist die vom Bund beschlossene Änderung des Strafgesetzbuches (und Umsetzung von Art. 121 Abs. 3 bis 6 BV über die Ausschaffung krimineller Ausländerinnen und Ausländer), welche eine obligatorische oder eine nicht-obligatorische Landesverweisung vorsieht, je nachdem, wenn Ausländer wegen bestimmter Delikte verurteilt werden. Von Bedeutung ist diese gesetzliche Umsetzung der Ausschaffungsinitiative deshalb, weil vorgesehen ist, dass die Zuständigkeit bei einer in Frage kommenden Landesverweisung (unabhängig von der Höhe der Strafe) stets bei den Strafgerichten liegt. Im Ergebnis führt dies dazu, dass auch Verfahren, welche bislang aufgrund der Strafhöhe von der Staatsanwaltschaft erledigt werden konnten, neu durch die Strafgerichte zu erledigen sind, was mit einer entsprechenden Fallzunahme für die Strafgerichte verbunden sein wird. Da im Verlauf des Berichtsjahres längere Zeit nicht ausgeschlossen werden konnte, dass die Neuerung auf den 1. Januar 2016 in Kraft treten würde, sah sich das Kantonsgericht veranlasst, für die Kreisgerichte und (in Berücksichtigung entsprechender Weiterzüge) auch für das Kantonsgericht selbst ein Stellenbegehren für das Budget 2016 anzumelden. Zu berücksichtigen bleibt, dass in Fällen mit drohender Landesverweisung von Gesetzes wegen eine notwendige Verteidigung vorzusehen sein wird, was erfahrungsgemäss zu einem Mehraufwand führt. Sodann ist anzunehmen, dass aufgrund der Sanktion einer Landesverweisung weniger Fälle ohne Begründung akzeptiert werden (mit Potential zum Weiterzug ans Kantonsgericht). Es bedarf keiner besonderen Erläuterung, dass diese und weitere zu erwartende Mehraufwendungen auch zu einer beträchtlichen Mehrbelastung der Sekretariate führen können.

Da sich im Verlauf des Berichtsjahres immer mehr abzeichnete, dass sich das Inkrafttreten der neuen Regelung auf Mitte des Jahres 2016 oder auf Anfang des Jahres 2017 verschieben könnte, hat das Kantonsgericht in Absprache mit dem Finanzdepartement sein Stellenbegehren für das Budgetjahr 2016 zurückgezogen und für die Planjahre 2017 bis 2019 aufrechterhalten. Die Frage des Inkrafttretens der gesetzlichen Regelung zur Umsetzung der Ausschaffungsinitiative hing auch mit dem Umstand zusammen, dass im Verlauf des Berichtsjahres die Volksabstimmung über die sogenannte Durchsetzungsinitiative auf den 28. Februar 2016 angesetzt wurde, welche die gleiche Thematik wie die Ausschaffungsinitiative berührt, im Fall der Annahme aber unmittelbar anwendbar würde. Im Unterschied zur Ausschaffungsinitiative kann bei der Durchsetzungsinitiative auch die Staatsanwaltschaft eine Landesverweisung aussprechen, so dass der Mehraufwand sich auf die Staatsanwaltschaft und die Strafgerichte aufteilen würde. Aufgrund der Konsequenzen einer Landesverweisung kann eine Zunahme von Weiterzügen nicht ausgeschlossen werden, dies sowohl von der Staatsanwaltschaft an die Gerichte als auch von erstinstanzlichen Kreisgerichten an das Kantonsgericht (und von diesem an das Bundesgericht). Dies bedeutete, dass das Kantonsgericht den Stellenbedarf sowohl für den Fall des Inkrafttretens der gesetzlichen Ausführungsregelung zur Ausschaffungsinitiative als auch für den Fall der Annahme der Durchsetzungsinitiative aufrechterhielt.

3.6 Kreisgerichtspräsidenten-Konferenz

Dem Kantonsgericht ist es ein Anliegen, die Aufsicht über die Kreisgerichte möglichst angemessen auszuüben und dabei auch der Stellung der Kreisgerichtspräsidien möglichst optimal Rechnung zu tragen. Zu einem wichtigen Instrument für die Zusammenarbeit mit den Kreisgerichten ist die Kreisgerichtspräsidenten-Konferenz geworden. Im Berichtsjahr hat das Kantonsgericht zu drei Konferenzen eingeladen, um wichtige und aktuelle Themen im direkten Gespräch mit den Kreisgerichtspräsidien aufzugreifen. In der Frühjahrssitzung war die Auswertung der Geschäftslast der Kreisgerichte durch das Kantonsgericht ein zentrales Thema. Nachdem das Kantonsgericht im Vorjahr mit Blick auf die anstehenden Erneuerungswahlen der Kreisgerichte Verschiebungen von Personalkapazitäten zwischen einzelnen Gerichtskreisen vorgenommen hatte, ergab sich im Berichtsjahr

kein Handlungsbedarf. Immer wieder Fragen und Unsicherheiten bestehen im Rahmen der Besoldungseinreihungen der Kreisrichterinnen und Kreisrichter wie auch der Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber. Das Kantonsgericht hat angeboten, die Kreisgerichtspräsidien im Rahmen einer Instruktionsveranstaltung über Organisation und Abläufe sowie über die verschiedenen Richtlinien zur Besoldungseinreihung zu orientieren. Ziel soll sein, dass die Kreisgerichtspräsidien künftig in eigener Verantwortung begründete (d.h. auf den jeweiligen Richtlinien basierende) Anträge zur Besoldungseinreihung stellen können. Der Entscheid über die Besoldungseinreihung obliegt dem Kantonsgericht in Absprache mit dem Personalamt. In besonderer Weise orientierte das Kantonsgericht über die laufende kantonale Besoldungsrevision und die Stellung der Gerichte in die sem Projekt. Bezüglich verschiedener Fragen im Besoldungswesen ist noch ein Austausch zwischen Kantonsgericht und Kreisgerichten im Gang, wie beispielsweise zur Frage, ob und inwieweit nicht-juristische Erfahrungen (mit KV-Lehrabschluss, mit kaufmännischer Berufsmaturität) bei der Besoldungseinreihung von Richterinnen und Richtern sowie Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreibern als praxisrelevante Berufserfahrung anrechenbar sein sollen. Ferner wurden Themen in den Bereichen Finanzen, Beförderungen, Personalbefragung, Neues Immobilienmanagement, Stand Rückforderungen unentgeltliche Rechtspflege, Elektronischer Rechtsverkehr, Platzierung von Stellenausschreibungen in online-Medien, Weiterbildung Kreisgerichte und Schlichtungsbehörden behandelt.

3.7 Weiterbildung

Im Berichtsjahr fanden unter der Leitung des Kantonsgerichtes wiederum verschiedene Weiterbildungsveranstaltungen statt. Die Strafkammer des Kantonsgerichtes bot zum Thema «Strafprozess und Medien» einen Erfahrungsaustausch an, der gerichtsübergreifend auch der Staatsanwaltschaft und der Anwaltschaft offen stand. In Zusammenarbeit mit der Fachgruppe Familienrecht des st.gallischen Richterverbandes hat die Familienrechtskammer des Kantonsgerichtes eine Tagung zum Thema «Trennung, Scheidung und die Steuern» organisiert. Eingeladen zu diesem Erfahrungsaustausch waren auch interessierte Mitglieder des St.Galler Anwaltsverbandes. Weiter fand eine Veranstaltung für im Familienrecht tätige Richterinnen und Richter statt, welche Fragestellungen im internationalen Privatrecht, ausgewählte Themen des Prozessrechts und den Umgang mit Emotionen in Verhandlungssituationen zum Gegenstand hatte. Wie jedes Jahr traf die Familienrechtskammer des Kantonsgerichtes zudem mit der familienrechtlichen Abteilung eines Kreisgerichtes zum fachlichen Austausch zusammen. Die Kantonale Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs organisierte im Berichtsjahr für die Mitglieder des Verbandes der Betreibungs- und Konkursbeamten der Kantone St.Gallen, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden und Glarus eine Weiterbildungsveranstaltung. Das Programm erfasste als Themen namentlich «Verjährung von Forderungen», «Wirkungen der Versteigerung», «Versteigerung von beweglichen Sachen in der Praxis» und «Neues Sanierungsrecht». Für die im Rahmen der Gesamterneuerungswahlen neu gewählten Vermittlerinnen und Vermittler wurde unter der Leitung des Kantonsgerichtes eine Einführungsveranstaltung durchgeführt. Gegenstand der Weiterbildung waren breitgefächerte Themen rund um das Vermittlungsverfahren, um einen möglichst optimalen Start in die neue Tätigkeit zu ermöglichen. Neben den angeführten Veranstaltungen besuchten die Richterinnen und Richter, die Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber sowie die Mitarbeitenden der Verwaltung im Rahmen der individuellen Weiterbildung verschiedene interne und externe Weiterbildungsveranstaltungen. Sämtliche Weiterbildungsaktivitäten werden über den zentralen Weiterbildungskredit des Kantonsgerichtes finanziert.

Das Kantonsgericht setzt sich auch für den juristischen Nachwuchs ein. Gemeinsam mit der Universität St.Gallen wurde ein Konzept zur Einführung eines Kurzpraktikums für Studierende der Universität St.Gallen erarbeitet. Im Sinne der Förderung der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis soll den Studierenden bereits vor Studienabschluss ein Einblick in die Tätigkeit der st.gallischen Gerichte ermöglicht werden, verbunden mit der Gelegenheit, ihre Kenntnisse aus dem Studium anhand einer praxisbezogenen schriftlichen Arbeit zu vertiefen. Mit der Pilotphase für diese Kurzpraktiken soll nächstes Jahr gestartet werden.

Für die Kinder ermöglichte das Kantonsgericht am Nationalen Zukunftstag wiederum in Zusammenarbeit mit dem Anwaltsverband und der Staatsanwaltschaft mit einer fingierten Gerichtsverhandlung im Kantonsgerichtssaal einen Einblick in den Berufsalltag der Akteure im und ums Gericht.

3.8 Verwaltungsjustizreform

Gemäss der Vorlage für einen VIII. Nachtrag zum Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege ist vorgesehen, das Versicherungsgericht aus der bisherigen administrativen Aufsicht des Verwaltungsgerichtes zu entlassen. Zwischen Kantonsgericht und Verwaltungsgericht bestand in den vergangenen Jahren ein traditionell gutes Einvernehmen, wenn ein Auftreten auf Stufe Gerichte erforderlich war (Finanzen, Personelles usw.). Eine solche Koordination unter drei Parteien ist ungleich anspruchsvoller und bedarf institutioneller Strukturen, weshalb gemäss dem Vorschlag des Kantonsgerichtes – mit Unterstützung des Verwaltungsgerichtes – die Schaffung einer Konferenz der Gerichte in die Vorlage aufgenommen wurde. Diese soll an den originären Kompetenzen der einzelnen Gerichte grundsätzlich nichts ändern, aber eine institutionelle Verantwortung begründen, sich untereinander abzusprechen. Damit wird auch weiteren Behörden (z.B. Kantonsrat, Regierung, Sicherheits- und Justizdepartement) und Dritten ermöglicht, im Einzelfall an die Konferenz der Gerichte zu gelangen und nicht jedes Gericht separat begrüssen zu müssen. Nachdem das Generalsekretariat des Kantonsgerichtes faktisch in vielen Bereichen die entsprechenden Arbeiten auf Stufe Gerichte koordiniert und erledigt, wurde das Generalsekretariat in der Vorlage als Stabsstelle der Konferenz vorgesehen.

4 Anwaltspatente

Die Anwaltskammer erteilte das Anwaltspatent an folgende 57 Bewerberinnen und Bewerber:

Anderegg Mirco, Dr. iur.	Kuster Matthias, M.A. HSG in Law
Bollhalder Franziska, M.A. HSG in Law	Ludin Martin, M.A. HSG in Law and Economics
Bötschi Silvan, MLaw	Mark Ndue Suzana, Dr. iur.
Briguet Julien, MLaw	Meyer Sora, M.A. HSG in Law and Economics
Brühwiler Yves, M.A. HSG in Law	Moser Josef, MLaw
Brunner Michèle, MLaw	Oetiker Sereina, MLaw
Bühler Ramon, M.A. HSG in Law and Economics	Parrini Sarah, MLaw
Burg Benedict, Dr. iur.	Rüegg Charlotte, M.A. HSG in Law
Deuel Christoph, MLaw	Schärli Stefan, M.A. HSG in Law
Dufournet Mélissa, M.A. HSG in Law	Scherrer Philipp, MLaw
Dürr Damian, MLaw	Schilling Rahel, MLaw
Egli Alexander, MLaw	Schläpfer Kathrin, MLaw
Gabathuler Severin, MLaw	Schmid Corina Patricia, MLaw
Genovese Monika, lic. iur.	Schöbi Gloria, M.A. HSG in Law
Gross Isabelle, lic. iur.	Schreiner Dario, M.A. HSG in Law
Haunreiter Diego, Dr. iur.	Schwarzenberger Scarlett, MLaw
Hug Eveline, MLaw	Siebeneck Claudia, Dr. iur.
Ilic Marija, MLaw	Sonderegger Annika, M.A. HSG in Law
Jakob Markus, M.A. HSG in Law	Steiger Katharina, MLaw
Jakob Simon, M.A. HSG in Law and Economics	Stengel Manuel, Dr. iur.
Karrer Caroline, M.A. HSG in Law	Sterren Felicia, MLaw
Keller Rebekka, M.A. HSG in Law	Touton Sébastien, MLaw
Kern Thomas, lic. iur.	Traub Elvira, MLaw
Koller Livia, M.A. HSG in Law	Van der Werff Sebastiaan, M.A. HSG in Law
Komminoth Vreni, M.A. HSG in Law	Von Gleichenstein Nikodemus, Dr. iur.
Krähenmann Adrian, M.A. HSG in Law	Wäger Martina, M.A. HSG in Law
Kubli Tina, MLaw	Walter Stephanie, M.A. HSG in Law and Economics
	Widmer Raphael, M.A. HSG in Law and Economics
	Zellweger Jennifer, MLaw

5 Rechtsagentenpatente

Die Anwaltskammer erteilte das Rechtsagentenpatent an folgende 16 Bewerberinnen und Bewerber:

Baumgartner Pirmin
Eggenberger Ester
Fehr Roger
Fritsche Séverine
Gnägi Regula
Gohl Sabrina
Helfenberger Marcel
Koch Nadja

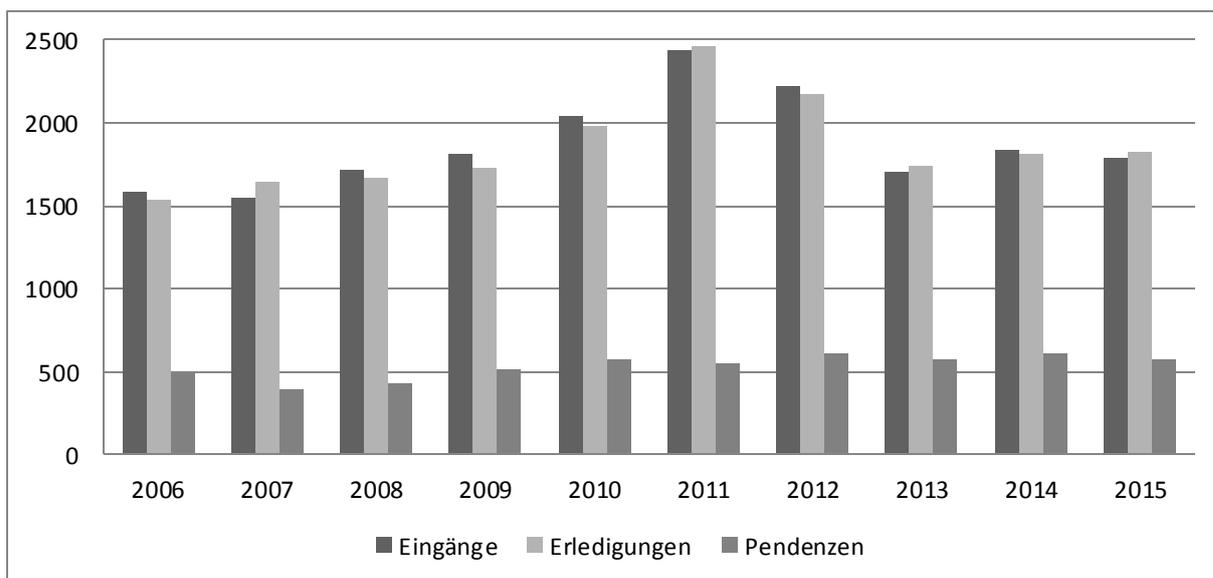
Kurath Martin
Moser-Gross Natascha
Rohner Thomas
Strässle Bettina
Sutter Martina
Weber Nicole
Wiesli Marc
Zeder Rebecca

6 Anhang: Statistik¹

I. Kantonsgericht, Handelsgericht und Anklagekammer

Entwicklung Geschäftslast Kantonsgericht mit Handelsgericht und Anklagekammer

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Eingänge.....	1586	1552	1711	1813	2047	2433	2224	1710	1842	1786
Erledigungen....	1541	1648	1670	1725	1985	2461	2169	1740	1814	1823
Pendenzen.....	484	388	429	516	578	550	607	579	608	571



¹ Siehe Erläuterungen im Amtsbericht Ziff. 2.1 betreffend *ergänzende* Angaben in der Statistik.

Gesamtübersicht

	Eingänge				Geschäftslast 2015 ²	Erledigungen 2015	Pendenzen (Ende Jahr)			
	2012	2013	2014	2015			2015	2014	2013	2012
I. Zivilkammer										
Kammerfälle	9	11	11	9	20	9	11	11	7	8
Verfahrensleitende Verfügungen.....	1	4	3	1	2	2	-	1	-	-
II. Zivilkammer										
Kammerfälle	54	45	57	52	98	49	49	46	31	46
Verfahrensleitende Verfügungen.....	70	52	53	68	105	45	60	37	24	45
III. Zivilkammer										
Kammerfälle	76	53	42	47	83	47	36	36	48	56
Verfahrensleitende Verfügungen.....	22	29	11	12	14	12	2	2	3	7
Strafkammer										
Kammerfälle	157	109	117	124	225	139	86	101	118	136
Verfahrensleitende Verfügungen.....	74	75	59	59	62	59	3	3	5	4
Handelsgericht										
Kollegialfälle	60	66	68	55	167	53	114	112	106	99
Präsidialfälle.....	155	212	202	170	230	186	44	60	79	46
Aufsichtsbehörde SchK u. HReg	31	34	73	81	86	77	9	5	8	4
Anklagekammer										
Kammerfälle	327	271	336	310	373	323	50	63	39	41
Präsidialfälle.....	55	63	52	65	74	62	12	9	9	3
Anwaltskammer										
Kammerfälle	11	10	9	5	7	4	3	2	6	2
Präsidialfälle.....	66	73	77	75	79	76	3	4	6	3
Einzelrichter:										
- im Personen-, Erb-, Sachenrecht.....	13	13	22	23	29	23	6	6	2	2
- in Familiensachen.....	190	141	174	162	222	174	48	60	41	57
- im Obligationenrecht.....	105	68	74	81	99	85	14	18	14	14
- im SchKG-Verfahren.....	108	114	136	124	145	131	14	21	24	19
- Rechtshilfe und Schiedsgericht	610	217	230	230	241	234	7	11	7	15
Kantonsgerichtspräsidium	30	50	36	33	33	33	-	-	2	-
	2224	1710	1842	1786	2394	1823	571	608	579	607

² Falleingänge 2014 zuzüglich Pendenzen Ende 2014.

Pendente Fälle per 31. Dezember 2015

	Eingeschrieben				
	Insgesamt	2012 oder früher	2013	2014	2015
I. Zivilkammer					
Kammerfälle	11	-	-	5	6
Verfahrensleitende Verfügungen.....	-	-	-	-	-
II. Zivilkammer					
Kammerfälle	49	1	5	12	31
Verfahrensleitende Verfügungen.....	60	-	3	17	40
III. Zivilkammer					
Kammerfälle	36	1	1	4	30
Verfahrensleitende Verfügungen.....	2	1	-	-	1
Strafkammer					
Kammerfälle	86	-	1	8	77
Verfahrensleitende Verfügungen.....	3	-	-	-	3
Handelsgericht					
Kollegialfälle	114	22 ³	15	31	46
Präsidialfälle.....	44	3	2	6	33
Aufsichtsbehörde SchK u. HReg					
	9	-	1	-	8
Anklagekammer					
Kammerfälle	50	-	-	-	50
Präsidialfälle.....	12	-	-	-	12
Anwaltskammer					
Kammerfälle	3	-	-	1	2
Präsidialfälle.....	3	-	-	-	3
Einzelrichter:					
- im Personen-, Erb-, Sachenrecht.....	6	-	-	1	5
- in Familiensachen.....	48	-	1	6	41
- im Obligationenrecht.....	14	-	-	-	14
- im SchKG-Verfahren.....	14	-	-	-	14
- Rechtshilfe und Schiedsgericht	7	-	-	-	7
Kantonsgerichtspräsidium					
	-	-	-	-	-
	571	28	29	91	423

³ Hinweis: 11 Fälle betreffen eine gleiche Baustreitigkeit mit einer Vielzahl von Parteien.

	Geschäftslast			Erledigung durch			Urteilsmäßige Erledigungsart			
	Übertrag 2014	Eingänge 2015	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
<i>I. Zivilkammer</i>										
Zuständigkeit der Kammer										
Berufungen nach Sachgebiet										
Personenrecht.....	3	-	3	3	-	3	-	-	2	1
Erbrecht.....	6	6	12	4	-	4	8	-	-	4
Sachenrecht.....	2	3	5	2	-	2	3	1	-	1
Verfügungen Departement	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verschiedenes.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zwischentotal	11	9	20	9	-	9	11	1	2	6
Verfahrensleitende Verfügungen										
Vorsorgliche Massnahmen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Unentgeltliche Rechtspflege	1	1	2	2	-	2	-	1	-	1
Sicherheitsleistung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verschiedenes.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zwischentotal	1	1	2	2	-	2	-	1	-	1
Insgesamt	12	10	22	11	-	11	11	2	2	7

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2014	Eingänge 2015	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
II. Zivilkammer										
Zuständigkeit der Kammer										
Berufungen nach Sachgebiet										
Scheidungen/Scheidungsfolgen	26	19	45	18	1	19	26	5	12	1
Abänderungen	7	6	13	7	-	7	6	3	1	3
Volljährigenunterhalt	1	2	3	1	-	1	2	-	-	1
Vaterschaft	1	-	1	-	-	-	1	-	-	-
Entscheide Departement (Kindes- /Vormundschaftsrecht)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verschiedenes	6	5	11	2	2	4	7	2	-	-
Zwischentotal	41	32	73	28	3	31	42	10	13	5
Beschwerden Kindes- und Erwachsenenschutz										
Fürsorgerische Unterbringung ..	-	10	10	2	7	9	1	-	-	2
Verschiedenes	5	10	15	7	2	9	6	1	-	6
Zwischentotal	5	20	25	9	9	18	7	1	-	8
Verfahrensleitende Verfügungen										
Vorsorgliche Massnahmen	6	20	26	15	3	18	8	6	3	6
Unentgeltliche Rechtspflege	31	46	77	22	3	25	52	20	-	2
Sicherheitsleistung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verschiedenes	-	2	2	1	1	2	-	1	-	-
Zwischentotal	37	68	105	38	7	45	60	27	3	87
Insgesamt	83	120	203	75	19	94	109	38	16	21

	Geschäftslast			Erledigung durch			Urteilsmäßige Erledigungsart			
	Übertrag 2014	Eingänge 2015	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
<i>III. Zivilkammer</i>										
Zuständigkeit der Kammer										
Berufungen nach Sachgebiet										
Haftpflichtrecht	6	-	6	2	1	3	3	1	-	1
Ungerechtfertigte Bereicherung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kaufvertragsrecht	2	2	4	2	-	2	2	-	-	2
Miet- und Pachtrecht	2	6	8	3	-	3	5	1	1	1
Arbeitsvertragsrecht	12	14	26	12	5	17	9	2	2	8
Werkvertragsrecht	7	5	12	5	2	7	5	-	4	1
Auftrag	2	1	3	3	-	3	-	-	1	2
Gesellschaftsrecht	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Übriges Obligationenrecht	2	12	14	5	-	5	9	1	-	4
Gleichstellung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Versicherungsvertragsrecht	-	1	1	-	-	-	1	-	-	-
Schuldbetreibungs- und Konkursrecht	2	2	4	4	-	4	-	-	3	1
Öffentlich-rechtliche Verant- wortlichkeit	1	3	4	2	1	3	1	-	-	2
Verfügungen Departement	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verschiedenes	-	1	1	-	-	-	1	-	-	-
Direktprozesse										
Urheberrecht	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Prorogationen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zwischentotal	36	47	83	38	9	47	36	5	11	22
Verfahrensleitende Verfügungen										
Vorsorgliche Massnahmen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Unentgeltliche Rechtspflege	2	9	11	10	-	10	1	4	-	6
Sicherheitsleistung	-	2	2	2	-	2	-	-	-	2
Verschiedenes	-	1	1	-	-	-	1	-	-	-
Zwischentotal	2	12	14	12	-	12	2	4	-	8
Insgesamt	38	59	97	50	9	59	38	9	11	30

	Geschäftslast			Erledigung durch			Urteilsmäßige Erledigungsart			
	Übertrag 2014	Eingänge 2015	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
<i>Strafkammer</i>										
Zuständigkeit der Kammer										
Berufungen nach Sachgebiet										
Delikte gegen Leib und Leben ...	29	17	46	33	2	35	11	4	21	8
Vermögens- und Urkunden- delikte.....	17	19	36	17	1	18	18	4	7	6
Delikte gegen Ehre, Geheim- und Privatbereich	1	-	1	1	-	1	-	-	-	1
Delikte gegen die Freiheit	3	8	11	2	2	4	7	-	1	1
Sexualdelikte	4	9	13	3	1	4	9	-	2	1
Übrige Delikte des StGB	7	14	21	7	4	11	10	1	2	4
Ausländergesetz	2	1	3	1	1	2	1	-	1	-
Betäubungsmittel	6	16	22	10	1	11	11	-	6	4
Strassenverkehr.....	12	16	28	11	3	14	14	2	4	5
Übriges Nebenstrafrecht des Bundes.....	5	7	12	8	2	10	2	-	3	5
Kantonales Strafrecht	-	-	1	1	-	1	-	-	1	-
Erläuterung/Berichtigung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wiederherstellung.....	-	3	3	3	-	3	-	-	-	3
Selbständiger nachträglicher Entscheid	4	4	8	7	1	8	-	2	1	4
Revision	1	6	7	6	-	6	1	2	-	4
Neubeurteilung	9	2	11	10	-	10	1	3	7	-
Verschiedenes.....	1	2	3	2	-	2	1	1	-	1
Zwischentotal	101	124	225	121	18	139	86	19	55	47
Verfahrensleitende Verfügungen										
Amtliche Verteidigung	3	46	49	47	-	47	2	43	-	4
Unentgeltliche Rechtspflege	-	10	10	9	-	9	1	7	-	2
Übrige verfahrensleitende Entscheide	-	3	3	3	-	3	-	2	-	1
Zwischentotal	3	59	62	59	-	59	3	52	-	7
Insgesamt	104	183	287	180	18	198	89	71	55	54

	Geschäftslast			Erledigung durch			Urteilsmäßige Erledigungsart			
	Übertrag 2014	Eingänge 2015	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
<i>Handelsgericht</i>										
Zuständigkeit des Gerichts										
Haftpflichtrecht.....	1	1	2	-	-	-	2	-	-	-
Ungerechtfertigte Bereicherung.....	1	-	1	1	-	1	-	-	-	1
Kaufvertragsrecht.....	9	7	16	3	5	8	8	1	1	1
Miet- und Pachtrecht	5	3	8	-	2	2	6	-	-	-
Werkvertragsrecht.....	56	19	75	2	15	17	58	1	-	1
Auftrag	8	7	15	2	7	9	6	-	1	1
Weitere Vertragsverhältnisse	11	4	15	1	1	2	13	-	-	1
Aktienrechtliche Verantwortlichkeit	3	-	3	-	3	3	-	-	-	-
Übriges Gesellschaftsrecht	4	3	7	2	1	3	4	-	-	2
Versicherungsvertragsrecht	1	-	1	-	1	1	-	-	-	-
Schuldbetreibungs- und Konkursrecht	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
UWG.....	2	4	6	-	1	1	5	-	-	-
Kartellrecht	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Namen-/Firmenrecht	-	1	1	-	-	-	1	-	-	-
Markenrecht	2	-	2	-	1	1	1	-	-	-
Patentrecht.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schutz von Design	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Urheberrecht	2	-	2	-	1	1	1	-	-	-
Sachenrecht	4	5	9	2	1	3	6	-	-	2
Verschiedenes.....	3	1	4	1	-	1	3	-	-	1
Zwischentotal	112	55	167	14	39	53	114	2	2	10

	Geschäftslast			Erledigung durch			Urteilsmäßige Erledigungsart			
	Übertrag 2014	Eingänge 2015	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
Zuständigkeit des Präsidenten										
Vorsorgliche Massnahmen										
OR	6	4	10	3	2	5	5	1	-	2
Immaterialgüterrecht	1	-	1	1	-	1	-	-	-	1
UWG	3	2	5	5	-	5	-	2	2	1
ZGB	3	10	13	8	3	11	2	7	1	-
Einsetzung eines Sonderprüfers ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorsorgliche Beweisführung	10	3	13	1	5	6	7	-	-	1
Mängel in der Gesellschafts- organisation	27	119	146	90	33	123	23	86	-	4
Entgegennahme einer Schutz- schrift	4	7	11	10	-	10	1	10	-	-
Sicherheitsleistung	-	5	5	3	-	3	2	1	1	1
Unentgeltliche Rechtspflege	-	2	2	2	-	2	-	-	-	2
Verschiedenes	6	18	24	10	10	20	4	7	-	3
Zwischentotal	60	170	230	133	53	186	44	114	4	15
Insgesamt	172	225	397	147	92	239	158	116	6	25

	Geschäftslast			Erledigung durch			Urteilsmäßige Erledigungsart			
	Übertrag 2014	Eingänge 2015	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
<i>Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs und über das Handelsregister</i>										
A. Schuldbetreibung und Konkurs										
Zuständigkeit der Kammer										
Beschwerden gegen untere Aufsichtsbehörde	1	35	36	33	1	34	2	4	-	29
Beschwerden im Konkurs- und Nachlassverfahren	3	9	12	5	3	8	4	3	-	2
Gebührenverordnung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Disziplinar massnahmen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verschiedenes	-	9	9	8	1	9	-	-	-	8
Zwischentotal	4	53	57	46	5	51	6	7	-	39
Zuständigkeit des Präsidenten										
Vorsorgliche Massnahmen	-	3	3	3	-	3	-	-	1	2
Unentgeltliche Rechtspflege	-	13	13	13	-	13	-	-	-	13
Verschiedenes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zwischentotal	-	16	16	16	-	16	-	-	1	15
B. Handelsregister										
Zuständigkeit der Kammer										
Eintragungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Löschungen	1	12	13	1	9	10	3	-	-	1
Gebühren und Kosten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verschiedenes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zwischentotal	1	12	13	1	9	10	3	-	-	1
Insgesamt	5	81	86	63	14	77	9	7	1	55

	Geschäftslast			Erledigung durch			Urteilsmäßige Erledigungsart			
	Übertrag 2014	Eingänge 2015	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
<i>Anklagekammer</i>										
Zuständigkeit der Kammer										
Verfahrenshandlungen										
Polizei	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwaltschaft	1	8	9	8	-	8	1	1	-	7
Jugendanwaltschaft	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zwangsmassnahmengericht	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kreisgericht	2	5	7	5	-	5	2	1	-	4
Nichtanhandnahme/Nichtzulassung	10	53	63	43	7	50	13	2	-	41
Einstellung und Sistierung	5	26	31	27	2	29	2	8	3	16
Amtliche Verteidigung/uRp	5	10	15	11	-	11	4	4	1	6
Entschädigung amtliche Verteidigung/uRp	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Entschädigung und Genugtuung ...	5	2	7	7	-	7	-	2	1	4
Aktenführung und Akteneinsicht	-	4	4	4	-	4	-	-	1	3
Beweiserhebung und Beweisverwertung	-	1	1	1	-	1	-	-	-	1
Teilnahmerechte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Untersuchungs- und Sicherheitshaft	-	16	16	9	2	11	5	1	-	8
Schutzmassnahmen und Beobachtung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Erkennungsdienstliche Massnahmen	-	1	1	1	-	1	-	-	-	1
Durchsuchung und Untersuchung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beschlagnahme	2	27	29	21	6	27	2	2	-	19
Verdeckte Zwangsmassnahmen ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Nachträgliche richterliche Entscheide	-	2	2	-	-	-	2	-	-	-
Vollzug	5	6	11	9	1	10	1	1	-	8
Amtliche Aufsicht	-	3	3	-	3	3	-	-	-	-
Disziplinarrecht	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ermächtigungsverfahren	25	134	159	142	1	143	16	23	-	119
Ausstand	3	7	10	7	2	9	1	-	-	7
Gerichtsstand und nationale Rechtshilfe	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

	Geschäftslast			Erledigung durch			Urteilsmässige Erledigungsart			
	Übertrag 2014	Eingänge 2015	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
Internationale Rechtshilfe	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wiederaufnahme	-	1	1	1	-	1	-	-	-	1
Rechtsverzögerung	-	2	2	1	-	1	1	1	-	-
Verschiedenes	-	2	2	2	-	2	-	-	-	2
Zwischentotal	63	310	373	299	24	323	50	46	6	247
Zuständigkeit des Präsidenten										
Nichtanhandnahme/Nichtzulassung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Einstellung und Sistierung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kosten	-	6	6	2	2	4	2	-	-	2
Vorsorgliche Massnahmen	-	5	5	5	-	5	-	2	-	3
Amtliche Verteidigung/uRp	9	53	62	45	7	52	10	6	1	38
Verschiedenes	-	1	1	1	-	1	-	1	-	-
Zwischentotal	9	65	74	53	9	62	12	9	1	43
Insgesamt	72	375	447	352	33	385	62	55	7	290

	Geschäftslast			Erledigung durch			Urteilsmäßige Erledigungsart			
	Übertrag 2014	Eingänge 2015	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
<i>Anwaltskammer</i>										
Zuständigkeit der Kammer										
Disziplinarverfahren gegen Anwälte	2	4	6	3	-	3	3	3	-	-
Massnahmen gegen Dritte	-	1	1	1	-	1	-	1	-	-
Einsprache gegen Registereintrag	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verschiedenes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zwischentotal	2	5	7	4	-	4	3	4	-	-
Zuständigkeit des Präsidenten										
Begutachtung von Anwaltsrechnungen	1	3	4	-	3	3	1	-	-	-
Entbindung vom Berufsgeheimnis .	-	4	4	4	-	4	-	2	-	2
Eröffnung Disziplinarverfahren	-	19	19	16	2	18	1	-	-	16
Schriftliche Auskünfte	-	37	37	-	36	36	1	-	-	-
Erteilung Anwaltspatent ⁴	-	57	57	57	-	57	-	57	-	-
Erteilung Rechtsagentenpatent ⁴	-	4	4	4	-	4	-	4	-	-
Erteilung Rechtspraktikantenbewilligung ⁴	-	35	35	35	-	35	-	35	-	-
Eintrag in Anwaltsregister ⁴	-	27	27	27	-	27	-	27	-	-
Eintrag in Anwaltsliste EU ⁴	-	1	1	1	-	1	-	1	-	-
Verschiedenes	3	12	15	6	9	15	-	6	-	-
Zwischentotal	4	75	79	26	50	76	3	8	-	18
Insgesamt	6	80	86	30	50	80	6	12	-	18

⁴ Werden in der Fallstatistik nicht gezählt.

	Geschäftslast			Erledigung durch			Urteilsmäßige Erledigungsart			
	Übertrag 2014	Eingänge 2015	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
<i>Einzelrichter im Personen-, Erb- und Sachenrecht</i>										
Berufungen gegen Entscheide im summarischen Verfahren										
Rechtsschutz in klaren Fällen...	-	11	11	10	1	11	-	-	-	10
Vorsorgliche Massnahmen	2	1	3	2	-	2	1	-	-	2
Vorsorgliche Beweisführung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verschiedenes	2	1	3	3	-	3	-	-	1	2
Zwischentotal	4	13	17	15	1	16	1	-	1	14
Beschwerden (Art. 321 Abs. 1 ZPO)										
Personenrecht.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Erbrecht.....	1	4	5	-	1	1	4	-	-	-
Sachenrecht.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verfügungen Departement (Namen-/Erbrecht).....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verschiedenes.....	-	1	1	1	-	1	-	1	-	-
Beschwerden (Art. 321 Abs. 2 ZPO)										
Rechtsschutz in klaren Fällen...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorsorgliche Massnahmen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorsorgliche Beweisführung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vollstreckung	-	1	1	1	-	1	-	-	-	1
Prozessleitende Verfügungen ..	-	2	2	2	-	2	-	-	-	2
Unentgeltliche Rechtspflege	-	1	1	-	-	-	1	-	-	-
Verschiedenes	1	-	1	1	-	1	-	-	-	1
Zwischentotal	2	9	11	5	1	6	5	1	-	4
Verfahrensleitende Verfügungen										
Vorsorgliche Massnahmen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Unentgeltliche Rechtspflege	-	1	1	1	-	1	-	-	-	1
Sicherheitsleistung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verschiedenes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zwischentotal	-	1	1	1	-	1	-	-	-	1
Insgesamt	6	23	29	21	2	23	6	1	1	19

	Geschäftslast			Erledigung durch			Urteilsmäßige Erledigungsart			
	Übertrag 2014	Eingänge 2015	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
<i>Einzelrichter in Familiensachen</i>										
Berufungen gegen Entscheide im summarischen Verfahren										
Vorsorgliche Massnahmen	15	14	29	18	2	20	9	3	13	2
Eheschutz.....	12	18	30	21	2	23	7	3	13	5
Übrige Summarverfahren Familienrecht	-	2	2	1	-	1	1	-	-	1
Verschiedenes.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zwischentotal	27	34	61	40	4	44	17	6	26	8
Beschwerden (Art. 321 ZPO)										
Prozessleitende Verfügungen ..	-	7	7	6	1	7	-	1	-	5
Unentgeltliche Rechtspflege.....	4	8	12	9	-	9	3	3	1	5
Kostenbeschwerde	1	2	3	2	-	2	1	1	1	-
Verschiedenes.....	3	13	16	9	5	14	2	2	4	3
Zwischentotal	8	30	38	26	6	32	6	7	6	13
Beschwerden Kindes- und Erwachsenenenschutz										
Unentgeltliche Rechtspflege.....	1	4	5	5	-	5	-	3	1	1
Verschiedenes.....	1	9	10	8	-	8	2	3	2	3
Zwischentotal	2	13	15	13	-	13	2	6	3	4
Verfahrensleitende Verfügungen										
Vorsorgliche Massnahmen	3	17	20	9	10	19	1	6	1	2
Unentgeltliche Rechtspflege	20	63	83	51	10	61	22	42	-	9
Sicherheitsleistung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verschiedenes.....	-	5	5	5	-	5	-	5	-	-
Zwischentotal	23	85	108	65	20	85	23	53	1	11
Insgesamt	60	162	222	144	30	174	48	72	36	36

	Geschäftslast			Erledigung durch			Urteilsmäßige Erledigungsart			
	Übertrag 2014	Eingänge 2015	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
<i>Einzelrichter im Obligationenrecht</i>										
Berufungen gegen Entscheide im summarischen Verfahren										
Rechtsschutz in klaren Fällen (Mieter-/Pächterausweisung)....	-	6	6	6	-	6	-	-	-	6
Rechtsschutz in klaren Fällen (übrige).....	-	1	1	1	-	1	-	1	-	-
Vorsorgliche Massnahmen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorsorgliche Beweisführung	-	1	1	1	-	1	-	-	-	1
Verschiedenes	-	1	1	1	-	1	-	1	-	-
Zwischentotal	-	9	9	9	-	9	-	2	-	7
Beschwerden (Art. 321 Abs. 1 ZPO)										
Haftpflichtrecht	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ungerechtfertigte Bereicherung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kaufvertragsrecht	-	3	3	2	1	3	-	-	2	-
Miet- und Pachtrecht	3	7	10	6	1	7	3	-	1	5
Arbeitsvertragsrecht	3	1	4	2	2	4	-	-	1	1
Werkvertragsrecht	2	2	4	4	-	4	-	-	1	3
Auftrag	1	1	2	2	-	2	-	-	-	2
Gesellschaftsrecht	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Übriges Obligationenrecht	5	5	10	8	-	8	2	-	4	4
Gleichstellung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Versicherungsvertragsrecht	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schuldbetreibungs- und Konkursrecht	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Öffentlich-rechtliche Verantwortlichkeit	1	-	1	1	-	1	-	-	-	1
Verfügungen Departement	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verschiedenes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beschwerden (Art. 321 Abs. 2 ZPO)										
Rechtsschutz in klaren Fällen (Mieter-/Pächterausweisung)....	-	8	8	5	2	7	1	-	1	4
Rechtsschutz in klaren Fällen (übrige).....	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

	Geschäftslast			Erledigung durch				Urteilsmäßige Erledigungsart		
	Übertrag 2014	Eingänge 2015	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
Vorsorgliche Massnahmen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorsorgliche Beweisführung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vollstreckung	-	1	1	1	-	1	-	-	-	1
Prozessleitende Verfügungen ..	-	16	16	12	2	14	2	-	1	11
Ausstand	1	7	8	6	-	6	2	-	-	6
Unentgeltliche Rechtspflege	1	6	7	7	-	7	-	-	-	7
Verschiedenes	-	4	4	2	1	3	1	1	-	1
Zwischentotal	17	61	78	58	9	67	11	1	11	46
Verfahrensleitende Verfügungen										
Vorsorgliche Massnahmen	-	2	2	2	-	2	-	-	-	2
Unentgeltliche Rechtspflege	-	7	7	6	-	6	1	-	-	6
Sicherheitsleistung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verschiedenes	1	2	3	1	-	1	2	-	-	1
Zwischentotal	1	11	12	9	-	9	3	-	-	9
Insgesamt	18	81	99	76	9	85	14	3	11	62

Einzelrichter im SchKG-Verfahren

Beschwerden nach Sachgebiet

Provisorische Rechtsöffnung	6	17	23	20	2	22	1	7	1	12
Definitive Rechtsöffnung	7	36	43	34	4	38	5	6	-	28
Bewilligung des Rechtsvorschlags bei Bestreitung neuen Vermögens	-	2	2	1	-	1	1	-	-	1
Konkurseröffnungen	4	49	53	46	1	47	6	32	-	14
Sicherheitsleistungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insolvenzerklärungen	-	1	1	-	1	1	-	-	-	-
Arrestverfahren	2	3	5	5	-	5	-	-	-	5
Nachlassverfahren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Übrige SchKG-Verfahren/ Wechselbetreibung	-	2	2	-	1	1	1	-	-	-
Verschiedenes	1	2	3	3	-	3	-	-	-	3
Zwischentotal	20	112	132	109	9	118	14	45	1	63

	Geschäftslast			Erledigung durch			Urteilsmäßige Erledigungsart			
	Übertrag 2014	Eingänge 2015	Insgesamt	Entscheid	Beschluss	Insgesamt	Pendent	Geschützt	Teilweise geschützt/ Konvention	Abgewiesen/ Nichteintreten
Verfahrensleitende Verfügungen										
Vorsorgliche Massnahmen	-	1	1	-	1	1	-	-	-	-
Unentgeltliche Rechtspflege	1	10	11	11	-	11	-	4	1	6
Sicherheitsleistung	-	1	1	1	-	1	-	-	-	1
Verschiedenes	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zwischentotal	1	12	13	12	1	13	-	4	1	7
Insgesamt	21	124	145	121	10	131	14	49	2	70

*Einzelrichter für Rechtshilfe-
und Schiedsgerichtswesen*

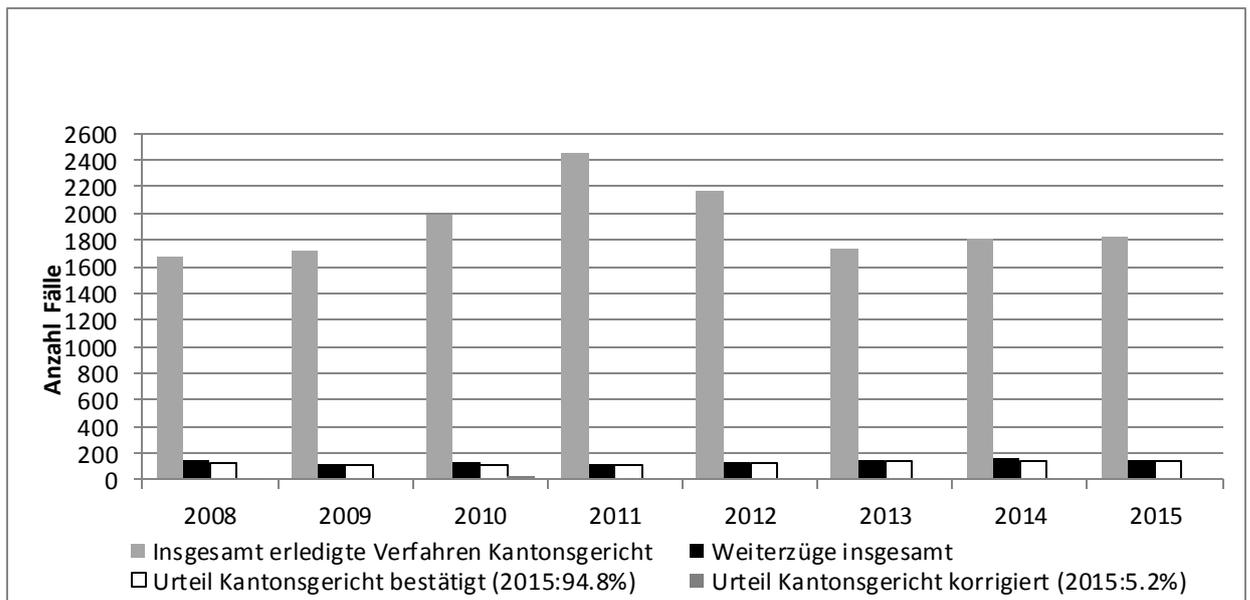
Rechtshilfe	11	229	240	-	233	233	7	-	-	-
Schiedsgerichtssachen	-	1	1	1	-	1	-	1	-	-
	11	230	241	1	233	234	7	1	-	-

Kantonsgerichtspräsidium

Aktenherausgabe	-	22	22	22	-	22	-	10	-	12
Ausstandsbegehren	-	3	3	3	-	3	-	-	-	3
Überweisung an anderes Gericht ..	-	1	1	1	-	1	-	1	-	-
Verschiedenes	-	7	7	6	1	7	-	1	-	5
	-	33	33	32	1	33	-	12	-	20

Weiterzug von Entscheidungen an das Bundesgericht

Bundesgericht	Erledigung durch								
	Übertrag 2014	Eingänge 2015	Insgesamt	Rückzug	Nichteintreten	Urteil			Pendent Ende 2014
						Abgewiesen	Ganz geschützt	Teilweise geschützt	
Beschwerden in Zivilsachen.....	18	86	104	1	55	26	3	1	18
Beschwerden in Strafsachen	19	62	81	1	37	24	3	1	15
Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten.....	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Subsidiäre Verfassungsbeschwerden.....	-	1	1	-	-	1	-	-	-

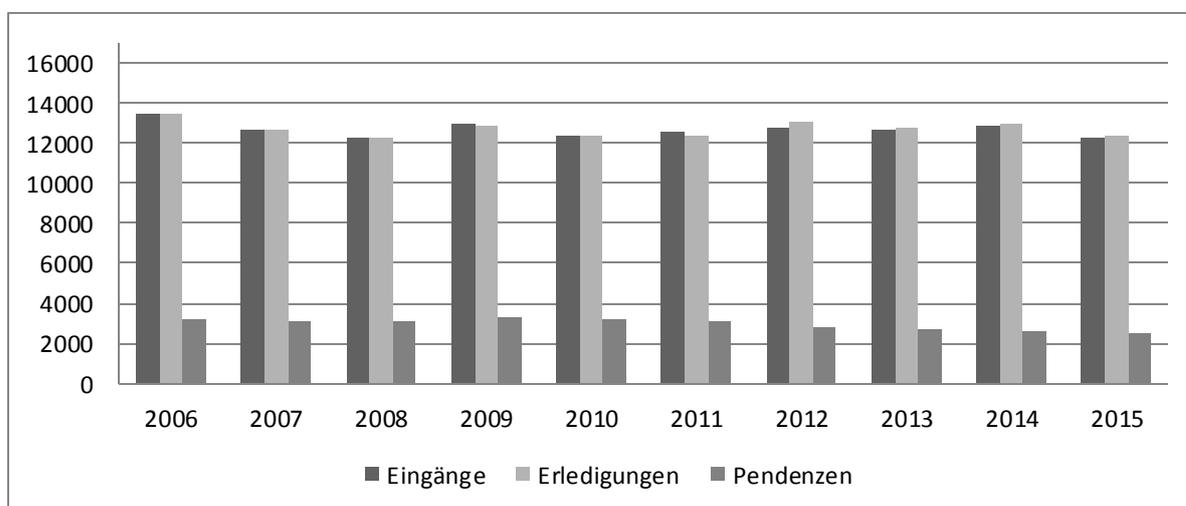


II. Kreisgerichte

1. Übersichten

Entwicklung Geschäftslast aller Kreisgerichte (Kollegialgericht und Einzelrichter)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Eingänge.....	13468	12668	12319	12993	12362	12544	12814	12654	12896	12327
Erledigungen...	13509	12689	12279	12854	12429	12348	13066	12754	13000	12357
Pendenzen.....	3202	3087	3126	3266	3205	3057	2779	2679	2574	2531



Gesamtübersicht (Kollegialgericht und Einzelrichter)¹

	Eingänge				Geschäftslast 2015 ²	Erledigungen 2015	Pendenzen (Ende Jahr)			
	2012	2013	2014	2015			2015	2014	2013	2012
St.Gallen ³	3455	3479	3470	3168	3916	3152	764	748	778	901
Rorschach	1299	1267	1349	1211	1475	1239	236	264	247	247
Rheintal ³	1694	1723	1830	1821	2222	1890	332	401	395	402
Werdenberg-Sargan- serland	1644	1692	1738	1601	1899	1593	306	298	328	318
See-Gaster ³	1454	1455	1420	1465	1721	1414	307	256	360	293
Toggenburg ⁴	1277	1264	1384	1345	1613	1337	276	268	237	224
Wil ³	1991	1774	1705	1716	2042	1732	310	326	334	394
	12814	12654	12896	12327	14888	12357	2531	2561	2679	2779

¹ Einschliesslich untere Aufsichtsbehörden im Betreuungswesen, Zwangsmassnahmenrichter.

² Falleingänge 2015 zuzüglich Pendenzen 2014.

³ Einschliesslich Fälle regionaler Zwangsmassnahmenrichter.

⁴ Einschliesslich Fälle kantonales Zwangsmassnahmengericht.

Kollegialgericht⁵

Kreisgericht	Eingänge der Vorjahre			Übertrag 2014	Eingänge 2015	Insgesamt	Erledigungen 2015	Pendenzen Ende 2015
	2012	2013	2014					
St.Gallen	179	209	172	132	159	291	153	138
Rorschach	55	48	54	39	69	108	68	40
Rheintal	69	83	102	65	85	150	95	55
Werdenberg-Sarganserland	77	65	68	40	82	122	85	37
See-Gaster	76	86	69	59	84	143	86	57
Toggenburg	27	28	30	32	38	70	42	28
Wil	73	71	81	43	88	131	96	35
Total	556	590	576	410	605	1015	625	390

Einzelrichter⁶

Kreisgericht	Eingänge der Vorjahre			Übertrag 2014	Eingänge 2015	Insgesamt	Erledigungen 2015	Pendenzen Ende 2015
	2012	2013	2014					
St.Gallen	2985	2976	2984	488	2698	3186	2706	480
Rorschach	1145	1121	1190	184	1052	1236	1081	155
Rheintal	1451	1500	1600	272	1585	1857	1636	221
Werdenberg-Sarganserland	1400	1468	1517	177	1351	1528	1349	179
See-Gaster	1237	1227	1212	143	1241	1384	1179	205
Toggenburg	1158	1147	1254	183	1219	1402	1208	194
Wil	1743	1525	1466	226	1464	1690	1470	220
Total	11119	10964	11223	1673	10610	12283	10629	1654

⁵ Ohne Ehescheidungen /-trennungen, inkl. Revision/Rechtsbehelfe

⁶ Ohne Ehescheidungen /-trennungen, inkl. untere Aufsichtsbehörde im Betreibungswesen, Zwangsmassnahmenrichter

Ehescheidungen/-trennungen (Kollegialgericht und Einzelrichter)

Kreisgericht	Eingänge der Vorjahre					Insgesamt	Erledigungen 2015	Pendenzen Ende 2015
	2012	2013	2014	Übertrag 2014	Eingänge 2015			
St.Gallen	291	294	314	128	311	439	293	146
Rorschach	99	98	105	41	90	131	90	41
Rheintal	174	140	128	64	151	215	159	56
Werdenberg-Sarganserland	167	159	153	81	168	249	159	90
See-Gaster	141	142	139	54	140	194	149	45
Toggenburg	92	89	100	53	88	141	87	54
Wil	175	178	158	57	164	221	166	55
Total	1139	1100	1097	478	1112	1590	1103	487

Pendente Fälle

Kreisgericht	Eingeschrieben				
	Insgesamt	2012 oder früher	2013	2014	2015
St.Gallen	764	19	43	66	636
Rorschach	236	4	4	24	204
Rheintal	332	10	11	19	292
Werdenberg-Sarganserland	306	4	13	28	261
See-Gaster	307	17	5	22	263
Toggenburg	276	10	8	35	223
Wil	310	5	7	27	271
Total	2531	69	91	221	2150

2. Zivilsachen

A. Kollegialgericht ⁷

Gerichtskreis	Geschäftslast				Eingänge nach Sachgebiet									Prozessgang			
	Eingänge 2014	Übertrag 2014	Eingänge 2015	Insgesamt	Personenrecht	Familienrecht	Erbrecht	Sachenrecht	Miet- und Pachtrecht	Arbeitsrecht	Übriges Obligationenrecht	Schuldbetreibung und Konkurs	Verschiedenes	Beurteilungen	Abschreibungen	Erledigungen 2015	Pendenzen Ende 2015
St.Gallen	95	108	91	199	1	52	5	4	2	1	23	3	-	60	34	94	105
Rorschach	43	34	38	72	-	18	4	1	-	2	8	4	1	22	18	40	32
Rheintal	53	42	59	101	-	20	4	1	1	6	22	5	-	26	31	57	44
Werdenberg-Sarganserland	42	26	51	77	-	21	7	4	2	5	7	4	1	26	20	46	31
See-Gaster	52	55	53	108	-	30	-	2	2	-	19	-	-	24	29	53	55
Toggenburg	17	25	24	49	-	12	-	1	3	-	8	-	-	17	10	27	22
Wil	45	33	62	95	-	35	4	2	1	1	17	2	-	35	29	64	31
	347	323	378	701	1	188	24	15	11	15	104	18	2	210	171	381	320

⁷ Ohne Ehescheidungen /-trennungen (s. Bst. B), jedoch einschliesslich Abänderungen Scheidungsurteile.

B. Ehescheidungen/-trennungen

Gerichtskreis	Übertrag 2014			Eingänge 2015			Gesamt	Erledigt 2014					Pendent Ende 2015		
	Einvernehmliche Verfahren	Streitige Verfahren	Insgesamt	Einvernehmliche Verfahren	Streitige Verfahren	Insgesamt		Genehmigung Familienrichter	Urteil Kreisgericht	Fristansetzung zur Klage	Abschreibung	Insgesamt	Einvernehmliche Verfahren	Streitige Verfahren	Insgesamt
St.Gallen	72	56	128	246	65	311	439	221	30	-	42	293	97	49	146
Rorschach	29	12	41 ⁸	68	22	90	131	66	18	-	6	90	27	14	41
Rheintal	44	20	64 ⁸	128	23	151	215	142	8	-	9	159	37	19	56
Werdenberg-Sarganserland	54	27	81	138	30	168	249	133	15	-	11	159	60	30	90
See-Gaster	35	19	54	108	32	140	194	125	13	-	11	149	23	22	45
Toggenburg	44	9	53	69	19	88	141	68	13	-	6	87	44	10	54
Wil	35	22	57 ⁸	129	35	164	221	145	12	-	9	166	36	19	55
	313	165	478 ⁸	886	226	1112	1590	900	109	-	94	1103	324	163	487

⁸ Bereinigung gegenüber Vorjahr.

C. Einzelrichterfälle ⁹

1. Zivilsachen im vereinfachten Verfahren

	Geschäftslast				Eingänge nach Sachgebiet											Prozessgang			
	Eingänge 2014	Übertrag 2014	Eingänge 2015	Insgesamt	Personenrecht	Familienrecht	Erbrecht	Sachenrecht	Miet- und Pachtrecht	Erstreckung Mietverhältnis	Anfechtung Kündigung	Forderung aus Arbeitsrecht	Übriges Obligationenrecht	Schuldbetreibung und Konkurs	Verschiedenes	Beurteilungen	Abschreibungen	Erledigungen 2015	Pendenzen Ende 2015
Kreisgericht																			
St.Gallen	242	127	184	311	1	26	1	3	24	2	7	44	66	10	-	86	101	187	124
Rorschach	79	33	59	92	-	8	-	4	8	-	4	14	15	6	-	24	35	59	33
Rheintal	119	51	117	168	-	20	-	2	10	-	3	37	44	1	-	71	57	128	40
Werdenberg-Sarganserland	105	40	98	138	-	13	-	12	4	3	1	15	45	5	-	74	26	100	38
See-Gaster	86	30	90	120	-	14	-	9	19	1	8	10	26	3	-	40	48	88	32
Toggenburg	71	32	87	119	-	8	-	4	25	-	4	10	27	9	-	49	37	86	33
Wil	122	54	99	153	-	21	1	-	8	-	2	18	45	4	-	87	21	108	45
Total	824	367	734	1101	1	110	2	34	98	6	29	148	268	38	-	431	325	756	345

⁹ Ohne Ehescheidungen /-trennungen (s. Bst. B), untere Aufsichtsbehörde im Betreibungswesen (s. Bst. E).

2. Zivilsachen im Summarverfahren

a) SchKG und Vollstreckung

	Geschäftslast				Eingänge nach Sachgebiet								Prozessgang			
	Eingänge 2014	Übertrag 2014	Eingänge 2015	Insgesamt	Rechtsöffnungen	Bew. R'vorschlag (Bestreitung neuen Vermögens)	Konkurseröffnung	Folgeverfügung Konkurs	Arrestverfahren	Nachlassverfahren	Übriges Schuldbetreibung und Konkurs	Vollstreckung	Beurteilungen	Abschreibungen	Erledigungen 2015	Pendenzen Ende 2015
Kreisgericht																
St.Gallen	1444	148	1405	1553	607	58	360	297	25	33	9	16	1279	146	1425	128
Rorschach	607	63	586	649	251	34	172	96	19	5	4	5	462	144	606	43
Rheintal	868	90 ¹⁰	864	954	379	32	216	132	94	2	4	5	684	191	875	79
Werdenberg-Sarganserland	874	59	781	840	379	33	202	110	41	9	2	5	603	172	775	65
See-Gaster	618	39	581	620	266	38	182	79	8	-	6	2	378	196	574	46
Toggenburg	413	39 ¹⁰	448	487	251	26	102	56	4	1	1	7	263	179	442	45
Wil	761	69	786	855	356	23	223	154	8	11	5	6	678	90	768	87
Total	5585	507 ¹⁰	5451	5958	2489	244	1457	924	199	61	31	46	4347	1118	5465	493

¹⁰ Bereinigung gegenüber Vorjahr.

b) übrige Summarverfahren

	Geschäftslast				Eingänge nach Sachgebiet												Prozessgang				
	Eingänge 2014	Übertrag 2014	Eingänge 2015	Insgesamt	Personenrecht	Eheschutzmassnahmen	Übriges Familienrecht	Erbrecht (einschliesslich Bescherden in Erbsachen)	Sachenrecht	Obligationenrecht	Rechtsschutz in klaren Fällen	Gerichtliches Verbot	Vorsorgliche Massnahmen	Freiwillige Gerichtsbarkeit	Rechtshilfeweise Einvernahmen	Verschiedenes	Beurteilungen	Abschreibungen	Erledigungen 2015	Pendenz Ende 2015	
Kreisgericht																					
St.Gallen	459	83	394	477	3	134	77	-	8	-	101	27	9	25	10	-	299	92	391	86	
Rorschach	213	47	159	206	-	49	16	-	13	-	44	11	4	14	7	1	135	30	165	41	
Rheintal	240	62	231	293	2	76	27	2	16	1	58	14	5	23	6	1	183	71	254	39	
Werdenberg-Sarganserland	242	49 ¹¹	203	252	2	53	30	-	21	1	29	19	2	10	34	2	175	37	212	40	
See-Gaster	189	46	234	280	1	75	20	1	13	-	35	10	62	12	5	-	135	50	185	95	
Toggenburg	137	53	162	215	-	50	23	-	13	-	25	18	6	24	3	-	128	28	156	59	
Wil	247	57 ¹¹	201	258	4	70	38	-	13	1	35	18	11	5	6	-	173	47	220	38	
Total	1727	397¹¹	1584	1981	12	507	231	3	97	3	327	117	99	113	71	4	1228	355	1583	398	

¹¹ Bereinigung gegenüber Vorjahr.

D. Verfahrensleitende Verfügungen

	Geschäftslast				Eingänge nach Sachgebiet							Prozessgang			
	Eingänge 2014	Übertrag 2014	Eingänge 2015	Insgesamt	Ausstand	Nebenparteien	Sicherheitsleistungen	Erläss	Unentgeltliche Rechtspflege	Verschiedenes	Beurteilungen	Abschreibungen	Erledigungen 2015	Pendenzen Ende 2015	
Kreisgericht															
St.Gallen	499	93	452	545	3	1	4	-	444	-	353	77	430	115	
Rorschach	235	28	176	204	2	-	1	2	167	4	150	34	184	20	
Rheintal	197	54 ¹²	183	237	1	-	8	2	172	-	168	33	201	36	
Werdenberg-Sarganserland	206	11	170	181	1	-	1	-	165	3	164	5	169	12	
See-Gaster	179	14	201	215	5	-	2	1	192	1	170	24	194	21	
Toggenburg	136	33	143	176	-	-	-	-	143	-	123	13	136	40	
Wil	220	38 ¹²	232	270	2	-	2	3	224	1	174	63	237	33	
Total	1672	271¹²	1557	1828	14	1	18	8	1507	9	1302	249	1551	277	

¹² Bereinigung gegenüber Vorjahr.

E. Untere Aufsichtsbehörde im Betreibungswesen

Beschwerden gegen Betreibungsämter

Kreisgericht	Eingänge 2013	Eingänge 2014	Übertrag 2014	Eingänge 2015	Insgesamt	Schutz	Abgewiesen/Nichteintreten	Rückzug/Gegenstandslos	Pendenzen Ende 2015
St.Gallen	32	25	3	13	16	3	12	-	1
Rorschach	14	32	4	25	29	4	21	4	-
Rheintal	13	14	-	12	12	-	7	-	5
Werdenberg-Sarganserland	21	16	3	10	13	-	7	6	-
See-Gaster	42	28	2	27	29	2	24	2	1
Toggenburg	8	6	1	9	10	1	9	-	-
Wil	22	15	-	16	16	1	10	3	2
Total	152	136	13	112	125	11	90	15	9

3. Strafsachen

A. Kollegialgericht

	Geschäftslast				Eingänge nach Sachgebiet				Prozessgang				
	Eingänge 2014	Übertrag 2014	Eingänge 2015	Insgesamt	Strafsachen Erwachsene	Strafsachen Jugend	Nachträglich richterliche Entscheidungen	Nachverfahren StPO	Beurteilungen	Einstellungen/ Abschreibungen	Erledigungen nachträgliche Strafverfahren	Erledigungen 2015	Pendenzen Ende 2015
Kreisgericht													
St.Gallen	66	23	59	82	57	1	1	-	49	-	2	51	31
Rorschach	10	5	27	32	21	2	2	2	21	-	3	24	8
Rheintal	45	23	23	46	22	-	1	-	34	1	1	36	10
Werdenberg-Sarganserland	18	13	24	37	22	-	-	2	29	-	2	31	6
See-Gaster	15	3	22	25	20	1	1	-	23	-	1	24	1
Toggenburg	13	7	12	19	12	-	-	-	12	-	1	13	6
Wil	34	10	26	36	22	2	1	1	30	-	2	32	4
Total	201	84	193	277	176	6	6	5	198	1	12	211	66

B. Einzelrichter¹³

	Geschäftslast		Eingänge nach Sachgebiet				Prozessgang						
	Eingänge 2014	Übertrag 2014	Eingänge 2015	Insgesamt	Strafsachen Erwachsene	Strafsachen Jugend	Nachträglich richterliche Entscheidungen	Nachverfahren StPO	Beurteilungen	Einstellungen/ Abschreibungen	Erledigungen nachträgliche Strafverfahren	Erledigungen 2015	Pendenz Ende 2015
Kreisgericht													
St.Gallen	135	34 ¹⁴	98	132	98	-	-	-	87	22	-	109	23
Rorschach	22	9	30	39	30	-	-	-	21	1	-	22	17
Rheintal	73	15 ¹⁴	74	89	73	1	-	-	59	8	-	67	22
Werdenberg-Sarganserland	66	15	76	91	76	-	-	-	56	11	-	67	24
See-Gaster	43	11	46	57	46	-	-	-	34	12	1	47	10
Toggenburg	27	12	15	27	15	-	-	-	19	-	-	19	8
Wil	18	7	42	49	41	-	1	-	32	2	-	34	15
Total	384	103¹⁴	381	484	379	1	1	-	308	56	1	365	119

¹³ Ohne Zwangsmassnahmenrichter (s. Bst. D + E).

¹⁴ Bereinigung gegenüber Vorjahr.

C. Verfahrensleitende Verfügungen

	Geschäftslast				Eingänge nach Sachgebiet			Prozessgang			
	Eingänge 2014	Übertrag 2014	Eingänge 2015	Insgesamt	Anordnungen bei Haft	Unentgeltliche Rechtspflege/ Amtliche Verteidigung	Verschiedenes	Beurteilungen	Abschreibungen	Erledigungen 2015	Pendenz Ende 2015
Kreisgericht											
St.Gallen	15	-	10	10	-	10	-	5	4	9	1
Rorschach	2	-	17	17	9	6	2	15	1	16	1
Rheintal	10	-	8	8	-	6	2	8	-	8	-
Werdenberg-Sarganserland	8	-	13	13	8	4	1	13	-	13	-
See-Gaster	6	-	11	11	8	2	1	7	4	11	-
Toggenburg	2	-	5	5	-	1	4	5	-	5	-
Wil	9	-	5	5	-	1	4	3	2	5	-
Total	52	-	69	69	25	30	14	56	11	67	2

D. Regionale Zwangsmassnahmenrichter

	Eingänge 2014	Pendent Ende 2014	Eingänge 2015	Insgesamt	Art der Erledigung				Erledigt 2015	Pendent Ende 2015
					Beantragte Freiheitsbeschränkung ganz oder teilweise angeordnet / bestätigt	Beantragte Freiheitsbeschränkung aufgehoben	Haftentlassung unter Anordnung von Ersatz-massnahmen	Abschreibung/Nichteintreten		
Haftanordnung	241	-	207	207	200	3	-	3	206	1
Haftverlängerung	87	2	109	111	105	-	1	5	111	-
Haftentlassung	28	-	15	15	12	1	1	1	15	-
Verlängerung Polizeigewahrsam	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wegweisung und Rückkehrverbot	6	-	3	3	3	-	-	-	3	-
Massnahmen Jugendliche	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Übrige Zwangsmassnahmen	17	-	38	38	22	-	15	-	37	1
Total	379	2	372	374	342	4	17	9	372	2

E. Kantonale Zwangsmassnahmenrichter¹⁵

	Eingänge 2014	Pendent Ende 2014	Eingänge 2015	Insgesamt	Beurteilungen	Abschreibungen	Erledigt 2015	Pendent Ende 2015
Überwachungsmassnahmen	410	-	315	315	315	-	315	-
Entsiegelung	37	13	22	35	21	5	26	9
Übrige Zwangsmassnahmen	15	-	13	13	13	-	13	-
Total	462	13	350	363	349	5	354	9

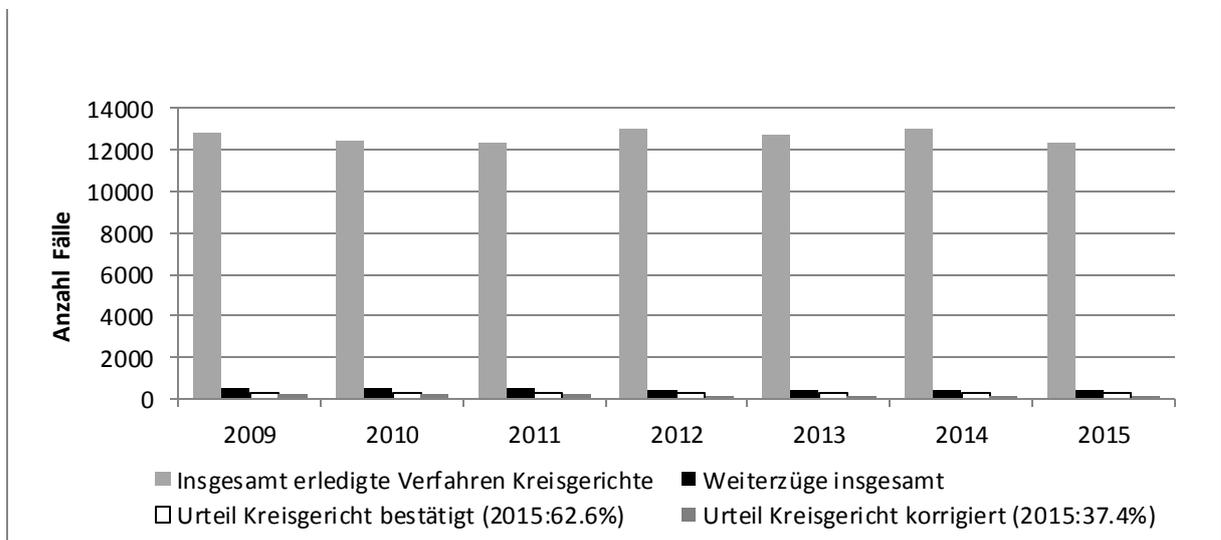
¹⁵ Zugeordnet dem Kreisgericht Toggenburg.

4. Revision/Rechtsbehelfe

	Geschäftslast				Eingänge nach Sachgebiet					Prozessgang			
	Eingänge 2014	Übertrag 2014	Eingänge 2015	Insgesamt	Revisionsverfahren Zivil Erläuterung/Berichtigung Zivil	Zi- Erläuterung/Berichtigung Zivil	Wiederherstellung Zivil Erläuterung/Berichtigung Straf	Wiederherstellung Straf	Beurteilungen	Abschreibungen	Erledigungen 2015	Pendenz Ende 2015	
Kreisgericht													
St.Gallen	11	1	9	10	4	3	2	-	8	-	8	2	
Rorschach	1	-	4	4	-	3	1	-	4	-	4	-	
Rheintal	4	-	3	3	-	1	-	2	2	-	2	1	
Werdenberg-Sarganserland	8	1	7	8	1	-	1	6	8	-	8	-	
See-Gaster	2	1	9	10	-	-	9	-	8	1	9	1	
Toggenburg	-	-	2	2	2	-	-	-	2	-	2	-	
Wil	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Total	28	3	34	37	7	7	13	8	-	32	1	33	4

5. Weiterzüge

	Übertrag 2014	Eingänge 2015	Insgesamt	Rückzug/ Abschreibung	Nichteintreten	Abgewiesen	Geschützt	Teilweise geschützt	Pendent Ende 2015
Berufungen ans Kantonsgericht	320	231	551	29	18	79	18	93	314
Beschwerden ans Kantonsgericht	115	198	313	14	18	102	41	23	115
Betreibungsrechtliche Beschwerden ans Kantonsgericht	7	34	41	2	28	8	3	-	-
Beschwerden an die Anklagekammer	3	-	3	-	-	-	-	-	3



III. Vermittlerämter

Gerichtskreis	Übertrag	Eingeschriebene Streitfälle	Insgesamt	Art der Erledigungen								
				Rückzug vor Abhaltung des Vorstandes	Vergleich/Klagerückzug/Klageanerkennung	Unvermittelt	Total Urteilsvorschlage	Angenommene Urteilsvorschlage	Entscheide	Anderweitig	Erledigungen	Pendenzen
<i>St. Gallen</i>												
- St. Gallen	47	341	388	49	101	133	25	22	12	5	325	63
- Gossau	4	76	80	17	20	22	4	4	2	-	65	15
<i>Rorschach</i>												
- Rorschach West	4	48	52	7	12	21	5	4	1	-	46	6
- Rorschach Ost	13	90	103	20	22	26	21	18	5	-	94	9
<i>Rheintal</i>												
- Oberes Rheintal	11	76	87	17	11	39	3	1	6	1	77	10
- Mittleres Rheintal	10	86	96	14	20	40	12	12	2	-	88	8
- Unteres Rheintal	10	59	69	14	14	23	6	5	4	-	61	8
<i>Werdenberg-Sarganserland</i>												
- Werdenberg	18	118	136	21	31	63	4	4	1	1	121	15
- Sarganserland	15	112	127	10	45	52	10	10	-	-	117	10
<i>See-Gaster</i>												
- See	18	114	132	30	28	43	6	4	2	4	113	19
- Obersee-Gaster ¹	16	168	184	17	103	20	24	22	-	-	164	20

III. Vermittlerämter (Fortsetzung)

Gerichtskreis	Übertrag	Eingeschriebene Streitfälle	Insgesamt	Art der Erledigungen								
				Rückzug vor Abhaltung des Vorstandes	Vergleich/Klagerückzug/Klägeanerkennung	Unvermittelt	Total Urteilsvorschläge	Angenommene Urteilsvorschläge	Entscheide	Anderweitig	Erledigungen	Pendenzen
<i>Toggenburg</i> - Toggenburg ¹	13	125	138	20	38	39	8	8	13	8	126	12
<i>Wil</i> - Wil ¹	33	289	322	85	80	96	24	20	6	-	291	31
	212	1702	1914	321	525	617	152	134	54	19	1688	226

¹ Zusammenlegung Vermittlerämter, siehe dazu Erläuterungen auf Seite 10.

IV. Schlichtungsstellen für Miete und Pacht

Gerichtskreis	Art der Erledigungen										
	Übertrag	Neu eingegangene Begehren	Total zu behandeln	Einigungen	Keine Einigungen	Total Urteilsvorschläge	Angenommene Urteilsvorschläge	Entscheide	Anderweitig	Erledigungen	Pendenzen
St.Gallen	81	389	470	141	99	6	5	-	181	427	43
Rorschach	12	108	120	34	39	-	-	1	40	114	6
Rheintal	3	152	155	64	36	-	-	-	32	132	23
Werdenberg-Sarganserland	14	130	144	92	26	-	-	-	5	123	21
See-Gaster	21	147	168	75	40	2	1	-	40	157	11
Toggenburg	13	116	129	33	43	1	1	-	46	123	6
Wil	7	134	141	53	19	2	2	1	49	124	17
	151	1176	1327	492	302	11	9	2	393	1200	127

V. Schlichtungsstellen für Arbeitsverhältnisse

Gerichtskreis	Übertrag	Eingeschriebene Streitfälle	Insgesamt	Art der Erledigungen								
				Rückzug vor Abhaltung des Vorstandes	Vergleich/Klagerückzug/Klageanerkennung	Unvermittelt	Total Urteilsvorschläge	Angenommene Urteilsvorschläge	Entscheide	Anderweitig	Erledigungen	Pendenzen
St.Gallen	33	262	295	56	103	79	4	4	-	11	253	42
Rorschach	11	63	74	8	35	19	2	-	-	3	67	7
Rheintal	14	124	138	15	58	55	-	-	-	-	128	10
Werdenberg-Sarganserland	10	106	116	7	49	45	-	-	-	5	106	10
See-Gaster	3	86	89	11	48	21	-	-	-	2	82	7
Toggenburg	10	66	76	15	24	18	-	-	1	5	63	13
Wil	16	117	133	16	61	36	1	1	-	5	119	14
	97	824	921	128	378	273	7	5	1	31	818	103

VI. Schlichtungsstelle für Klagen nach dem Gleichstellungsgesetz

Gerichtskreis	Art der Erledigungen											
	Übertrag	Eingeschriebene Streitfälle	Insgesamt	Rückzug vor Abhaltung des Vorstandes	Vergleich/Klagerückzug/ Klageanerkennung	Unvermittelt	Total Urteilsvorschläge	Angenommene Urteilsvorschläge	Entscheide	Anderweitig	Erledigungen	Pendenzen
	2	6	8	4	-	2	-	-	-	-	6	2
	2	6	8	4	-	2	-	-	-	-	6	2

B. Verwaltungsjustiz

Verwaltungsgericht an den Kantonsrat des Kantons St.Gallen

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir erstatten Ihnen nach Art. 45 Abs. 2 des Gerichtsgesetzes (sGS 941.1; abgekürzt GerG) Bericht über die Tätigkeiten des Verwaltungsgerichts, des Versicherungsgerichts und der Verwaltungsrekurskommission im Jahr 2015.

7 Verwaltungsgericht

7.1 Personelles

Auf das Ende des Berichtsjahres trat Rechtsanwalt lic.iur. Adrian Rufener als nebenamtlicher Richter des Verwaltungsgerichts zurück. In seiner rund 16-jährigen Tätigkeit hat er die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichts massgebend mitgeprägt. Dabei sind insbesondere seine fundierten Kenntnisse im Steuer- und Abgaberecht zum Tragen gekommen. Zu seiner Nachfolgerin wählte der Kantonsrat am 30. November 2015 Rechtsanwältin lic.iur. et lic.rer.publ. HSG Iris Zindel Brauchli, Fachanwältin SAV Bau- und Immobilienrecht. Das Verwaltungsgericht hat Tobias Tschumi, M.A. HSG in Rechtswissenschaft, dessen Auditoriat am 31. Oktober 2015 endete, für die Dauer eines halben Jahres zum ausserordentlichen Gerichtsschreiber mit einem Pensum von 50 Prozent gewählt.

7.2 Geschäftslast

Zu den Ende 2014 hängigen 192 (im Vorjahr 172) Verfahren kamen im Jahr 2015 insgesamt 338 (252) Neueingänge, davon 7 (3) öffentlich-rechtliche Klagen, hinzu. Von den 331 (249) Beschwerden betrafen 60 (65) das Bau-, Planungs- und Umweltrecht, 37 (46) das Ausländerrecht, 33 (36) das Steuer- und Abgaberecht und 108 (18) das öffentliche Beschaffungswesen. Die restlichen 93 (95) Verfahren verteilten sich auf die übrigen Zuständigkeitsbereiche des Verwaltungsgerichts. Von den 108 vergaberechtlichen Verfahren hatten 72 Beschwerden die Beschaffung von Software durch die Politischen Gemeinden zur Umsetzung des neuen Rechnungsmodells zum Gegenstand (Abacus-Beschwerden). Im Berichtsjahr konnten 244 (232) Verfahren erledigt werden. Per Ende 2015 waren damit 286 (192) Verfahren pendent, darunter alle 72 Abacus-Beschwerden. Von den am Ende des Berichtsjahres hängigen Verfahren waren je 1 Streitsache in den Jahren 2010 und 2012 – beide waren bis gegen Ende des Berichtsjahres sistiert – und 4 Streitsachen im Jahr 2013 – 3 waren sistiert, in einer weiteren wurde der Schriftenwechsel nach einem Entscheid über die Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts weitergeführt – eingeschrieben worden. 55 der pendenten Streitsachen sind im Jahr 2014, 225 im Jahr 2015 eingegangen.

Der Präsident verfügte oder entschied in 101 Fällen über Erteilung oder Entzug der aufschiebenden Wirkung (davon 72 Abacus-Beschwerden), in 29 Fällen über unentgeltliche Rechtspflege, in 9 Fällen über vorsorgliche Massnahmen oder Fristwiederherstellungen und in 83 Fällen über die Sistierung von Verfahren (davon 65 Abacus-Beschwerden). Diese insgesamt 222 (45) Zwischenverfügungen sind in den nachfolgenden Statistiken nicht enthalten.

Zahlreiche Auszüge zu grundsätzlichen Rechtsfragen werden in den Entscheidsammlungen St.Gallische Gerichts- und Verwaltungspraxis (GVP) sowie St.Galler Steuerentscheide (SGE) veröffentlicht. Zudem publiziert das Verwaltungsgericht seine Kollegialentscheide praktisch vollständig und ausgewählte Präsidialentscheide auf seiner Rechtsprechungsseite im Internet.

Das Verwaltungsgericht hat nebst ausführlichen Vernehmlassungen zur kantonalen Verwaltungsjustizreform zu weiteren 10 Gesetzgebungsvorlagen auf Bundes- und Kantonebene Vernehmlassungen und Mitberichte abgegeben, so insbesondere umfangreiche Eingaben zum kantonalen Planungs- und Baugesetz (PBG) und zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB).

Nach Sachgebieten geordnet ergibt sich folgende Übersicht über den Geschäftsgang:

Rechtsgebiet	Übertrag vom Vorjahr	Eingegangen	Insgesamt	Erledigt	Pendent
Bau-, Planungs- und Umweltrecht	62	60	122	54	68
Enteignungssachen	1	-	1	1	-
Berufs- und Gewerbebewilligungen	6	9	15	8	7
Jagd und Fischerei	-	-	-	-	-
Gebäudeversicherung	-	1	1	-	1
Sozialversicherung	1	1	2	1	1
Schätzung und Melioration	1	1	2	2	-
Gebühren, Vorzugslasten, Ersatzabgaben	2	2	4	-	4
Staatssteuer natürlicher Personen	19	20	39	16	23
Staatssteuer juristischer Personen	1	1	2	-	2
Gemeindesteuern	-	-	-	-	-
Strassenwesen	2	1	3	2	1
Öffentliches Dienstrecht	1	3	4	2	2
Verfahrensrecht	2	4	6	1	5
Politische Rechte	3	1	4	3	1
Aufenthalt und Niederl. von Ausländ.	33	35	68	37	31
Lebensmittelpolizei	-	-	-	-	-
Straf- und Massnahmenvollzug	-	-	-	-	-
Waldgesetz	-	-	-	-	-
Bildung und Stipendien	14	9	23	17	6
Sozialhilfe	6	12	18	7	11
Öffentliches Beschaffungswesen	2	108	110	33	77
Diverse	2	16	18	7	11
Unentgeltliche Prozessführung	5	19	24	22	2
Öffentlich-rechtliche Klagen	6	7	13	3	10
Beschwerden in Klagefällen	-	-	-	-	-
Direkte Bundessteuer	15	10	25	12	13
Strassenverkehr	8	14	22	14	8
Zwangsmassnahmen AuG	-	2	2	1	1
Öffentlichkeitsgesetz	-	2	2	1	1
Total	192	338	530	244	286

Von den am Ende des Berichtsjahres anhängigen 286 (192) Verfahren waren deren 79 (13) sistiert; 65 davon waren Abacus-Beschwerden.

7.3 Art der Erledigung und Dauer der Verfahren

Über die Art der Geschäftserledigung gibt die nachfolgende Statistik Aufschluss:

Rechtsgebiet	Insgesamt	Abschreibung	Nichteintreten	Abweisung	Gutheissung	
					ganz	teilweise
Bau-, Planungs- und Umweltrecht	54	20	2	19	6	7
Enteignung	1	-	-	1	-	-
Berufs- und Gewerbebewilligungen	8	3	1	1	2	1
Jagd und Fischerei	-	-	-	-	-	-
Gebäudeversicherung	-	-	-	-	-	-
Sozialversicherung	1	-	-	1	-	-
Schätzung und Melioration	2	2	-	-	-	-
Gebühren, Vorzugslasten, Ersatzabgabe	-	-	-	-	-	-
Staatssteuer natürlicher Personen	16	1	1	11	1	2
Staatssteuer juristischer Personen	-	-	-	-	-	-
Gemeindesteuern	-	-	-	-	-	-
Strassenwesen	2	-	-	-	1	1
Öffentliches Dienstrecht	2	1	-	-	-	1
Verfahrensrecht	1	-	-	1	-	-
Politische Rechte	3	1	-	1	-	1
Aufenthalt und Niederl. von Ausl.	37	8	3	21	3	2
Lebensmittelpolizei	-	-	-	-	-	-
Straf- und Massnahmenvollzug	-	-	-	-	-	-
Waldgesetz	-	-	-	-	-	-
Bildung, Erziehung und Stipendien	17	4	1	10	1	1
Sozialhilfe	7	2	1	1	2	1
Öffentliches Beschaffungswesen	33	24	1	1	3	4
Diverse	7	3	1	2	-	1
Unentgeltliche Prozessführung	22	3	2	15	1	1
Öffentlich-rechtliche Klagen	3	1	-	-	1	1
Beschwerden in Klagefällen	-	-	-	-	-	-
Direkte Bundessteuer	12	1	-	11	-	-
Strassenverkehr	14	6	-	7	1	-
Zwangsmassnahmen AuG	1	1	-	-	-	-
Öffentlichkeitsgesetz	1	-	-	1	-	-
Total	244	81	13	104	22	24

Von den 244 (232) erledigten Verfahren wurden 134 (130) mit einem Entscheid des Kollegialgerichts, 110 (102) durch den Präsidenten abgeschlossen.

Die Verfahrensdauer vom Eingang der Beschwerde oder Klage bis zur Zustellung des schriftlich begründeten Entscheids (abzüglich der Dauer von Sistierungen) ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

Verfahrensdauer in Monaten	0-3	3-6	6-9	9-12	12-15	15-18	über 18
Beschwerden und Klagen	94	31	19	8	23	48	21

Bei den Angelegenheiten mit einer überjährigen Verfahrensdauer handelte es sich mehrheitlich um komplexe Fälle mit teilweise sehr umfangreichen Akten und mehrfachen Schriftenwechseln, welche im Interesse der Erledigung von Fällen, welche weniger Aufschub ertrugen, zurückgestellt worden waren.

7.4 Beschwerden beim Bundesgericht

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 44 (Vorjahr 58) Beschwerden gegen Entscheide oder Verfügungen des Verwaltungsgerichts erhoben. Das Bundesgericht hat im gleichen Zeitraum 56 (51) Beschwerden entschieden, wovon 8 (5) vollständig oder teilweise gutgeheissen wurden; 48 (46) Beschwerden wurden abgewiesen (34) oder mittels Nichteintreten (14) erledigt.

7.5 Justizverwaltung, Aufsicht über Verwaltungsrekurskommission und Versicherungsgericht

Abgesehen von Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Verwaltungsjustizreform musste das Verwaltungsgericht im Berichtsjahr im Rahmen seiner Verwaltungs- und Aufsichtstätigkeit keine besonderen Bemühungen unternehmen und erwähnenswerte Feststellungen machen.

8 Versicherungsgericht

8.1 Personelles

Das Gesamtgerichtspräsidium ging auf den 1. Mai 2015 von lic. iur. Lisbeth Mattle Frei auf lic. iur. Joachim Huber über. Sonst waren auf Richterebene keine Veränderungen zu verzeichnen. Anders bei den Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreibern, bei welchen es wie bereits in den letzten Jahren zu mehreren Wechseln kam. Drei Mitarbeitende verliessen das Gericht noch vor Ablauf der rund zweijährigen Ausbildungsphase. Es erweist sich trotz sorgfältiger Auswahl nach wie vor als schwierig, für die spezifische und anforderungsreiche Tätigkeit als Gerichtsschreiberin oder Gerichtsschreiber am Versicherungsgericht geeignetes Personal zu finden und dieses auch halten zu können. Die Fluktuationen führten dazu, dass die Umsetzung der im Jahr 2014 (bis 2018) bewilligten Aufstockung aus dem Aushilfskredit noch nicht die erwartete höhere Erledigungsquote gezeitigt hat. Dazu beigetragen haben im Berichtsjahr mehrmonatige Krankheitsausfälle (zwei Mitarbeitende) sowie Absenzen zwecks Vorbereitung der Anwaltsprüfung. Keine Veränderungen gab es beim Kanzleipersonal.

8.2 Geschäftslast

Die Neueingänge (778) haben gegenüber dem Vorjahr (912) abgenommen (-15 Prozent); sie bewegen sich nun wieder ungefähr auf dem gleichen Niveau wie in den Jahren 2010 bis 2012. Zusammen mit den Pendenzen am Jahresanfang (1118) ist die Gesamtbelastung (1896) um rund 5 Prozent (-61 Fälle) leicht gesunken. Die Neueingänge betreffen zu rund 56 Prozent die Invalidenversicherung (total 432 Fälle; Vorjahr 581 Fälle). Mit 25 Prozent ist hier ein stärkerer Rückgang als gesamthaft (-15 Prozent) zu verzeichnen. Damit bestätigt sich der Eindruck des Vorjahres, dass im Bereich der Invalidenversicherung eine Trendwende eingesetzt hat. Entgegen dieser allgemeinen Tendenz wurden einzig im Bereich der Arbeitslosenversicherung erheblich mehr Beschwerden erhoben (Zunahme von 64 auf 100 Fälle oder +56 Prozent). Die meisten Fälle verzeichnen nach wie vor die beiden arbeitsintensivsten Rechtsgebiete Invalidenversicherung und Unfallversicherung. Sie machen im Jahr 2015 wiederum rund 75 Prozent der Gesamtbelastung des Gerichts aus. Die Zahl der Erledigungen (808) ging gegenüber dem Vorjahr um knapp 4 Prozent zurück. Die Pendenzen am Jahresende (1088) haben um 30 Fälle abgenommen und entsprechen 135 Prozent der über das Jahr hinweg erledigten Fälle. Dieser Wert ist gegenüber demjenigen des Vorjahres von 133 Prozent praktisch unverändert. Die Geschäftsleitung ist bemüht und zuversichtlich, dass die getroffenen Abbaumassnahmen 2016 greifen und zu einer weiteren Verminderung der Pendenzen führen werden.

Von den 1088 am Jahresende pendenten Fällen waren 694 spruchreif, d.h. bereit für die Referatserstellung (583) oder zum Referat zugeteilt (111). 287 Fälle befanden sich noch in einem

früheren Verfahrensstadium und 31 Fälle waren sistiert. 76 Fälle befanden sich in einem späteren Verfahrensstadium (Referat in Zirkulation, beurteilt oder Beweisverfahren).

Im Berichtsjahr wurden 88 Entscheide (11 Prozent) an das Bundesgericht weitergezogen. Im gleichen Zeitraum hat das Bundesgericht 104 Beschwerden gegen Entscheide des Gerichts aus den beiden Vorjahren beurteilt. Davon wurden 44 abgewiesen, 10 teilweise und 28 vollumfänglich gutgeheissen. 19 Beschwerden wurden durch Nichteintreten und 3 Beschwerden nach Rückzug durch Abschreibung erledigt.

Über die Belastung und die Erledigungen der einzelnen Abteilungen geben die nachfolgenden Aufstellungen und Angaben Aufschluss.

Statistik nach Eingängen, Erledigungen und Pendenzen

Rechtsgebiet	Pendenzen aus Vor-Perioden	Eingänge	Pendenzen insgesamt	Erledigungen Gericht	Erledigungen Einzelrichter	Erledigungen	Pendenzen
AHV	27	26	53	2	23	25	28
Erwerbsersatzordnung	1	1	2	1	1	2	-
Kinderzulagen	-	1	1	-	-	-	1
Alimentenbevorschussung	3	1	4	2	2	4	-
Mutterschaftsbeiträge	-	2	2	-	1	1	1
Opferhilfe	5	4	9	3	2	5	4
Arbeitslosenversicherung	49	100	149	9	60	69	80
Mutterschaftsversicherung	1	-	1	1	-	1	-
Familienzulagen nach FamZG	1	8	9	1	3	4	5
Invalidenversicherung*	283	140	423	90	105	195	228
<i>Total Abteilung I</i>	370	283	653	109	197	306	347
Invalidenversicherung*	368	216	584	99	140	239	345
Hilfsmittel AHV	-	1	1	-	1	1	-
Ergänzungsleistungen	78	49	127	29	33	62	65
a.o. Ergänzungsleistungen	-	-	-	-	-	-	-
<i>Total Abteilung II</i>	446	266	712	128	174	302	410
Krankenversicherung (Bund)	18	17	35	3	11	14	21
Kranken-Zusatzversicherung	18	7	25	8	7	15	10
Krankenversicherung (Kanton)	5	20	25	6	7	13	12
Unfallversicherung	111	92	203	48	15	63	140
Militärversicherung	1	1	2	-	1	1	1
Berufliche Vorsorge	16	16	32	9	5	14	18
Invalidenversicherung*	129	76	205	35	42	77	128
<i>Total Abteilung III</i>	298	229	527	109	88	197	330
Abt. Sch (Schiedsgericht Kranken-, Unfall-, Militär- und Invalidenversicherung)	4	-	4	1	2	3	1
Total	1118	778	1896	347	461	808	1088
* Invalidenversicherung total	780	432	1212	224	287	511	701

Statistik nach der Art der Erledigung

Rechtsgebiet	Insgesamt	Nichteintreten	Gutheissung	Teilweise Gutheissung	Abweisung	Abschreibung	Kostenspruch	Vorsorgeausgleich
AHV	25	-	3	2	6	13	1	-
Erwerbsersatzordnung	2	-	1	1	-	-	-	-
Kinderzulagen	0	-	-	-	-	-	-	-
Alimentenbevorschussung	4	-	1	-	2	1	-	-
Mutterschaftsbeiträge	1	1	-	-	-	-	-	-
Opferhilfe	5	-	1	1	3	-	-	-
Arbeitslosenversicherung	69	5	7	18	33	6	-	-
Mutterschaftsversicherung	1	-	-	-	1	-	-	-
Familienzulagen nach FamZG	4	-	1	-	2	1	-	-
Invalidenversicherung*	195	1	33	58	54	45	4	-
<i>Total Abteilung I</i>	306	7	47	80	101	66	5	-
Invalidenversicherung*	239	6	40	54	55	76	8	-
Hilfsmittel AHV	1	-	-	1	-	-	-	-
Ergänzungsleistungen	62	2	11	15	27	6	1	-
a.o. Ergänzungsleistungen	-	-	-	-	-	-	-	-
<i>Total Abteilung II</i>	302	8	51	70	82	82	9	-
Krankenversicherung (Bund)	14	1	-	1	7	5	-	-
Zusatzversicherung (Bund)	15	-	4	3	3	4	1	-
Krankenversicherung (Kanton)	13	1	1	2	3	6	-	-
Unfallversicherung	63	2	5	10	36	10	-	-
Militärversicherung	1	-	-	1	-	-	-	-
Berufliche Vorsorge	14	-	4	2	3	5	-	-
Invalidenversicherung*	77	1	13	21	14	24	4	-
<i>Total Abteilung III</i>	197	5	27	40	66	54	5	-
Abt. Sch (Schiedsgericht Kranken-, Unfall-, Militär- und Invalidenversicherung)	3	1	1	-	-	1	-	-
Total	808	21	126	190	249	203	19	-
* Invalidenversicherung total	511	8	86	133	123	145	16	-

Die Verfahrensdauern der 808 erledigten Fälle vom Eingang bis zur Zustellung des Entscheids, abzüglich der Dauer von Sistierungen, stellen sich wie folgt dar:

Verfahrensdauer in Monaten	bis 3	3-6	6-9	9-12	12-15	15-18	18-24	über 24
Beschwerden, Rekurse, Klagen	140	90	64	87	75	68	96	188

Verfahrensdauern von über 18 Monaten (total 284 Fälle) betreffen nach wie vor zur Hauptsache IV-Streitigkeiten (232), die aufgrund des namentlich seit 2013 stark gestiegenen Pendenzenüberhangs nicht früher erledigt werden konnten. Die restlichen 52 Streitigkeiten (1 AHV, 25 EL, 4 KV-Z, 14 UV, 7 BV und 1 Sch) verteilen sich auf diverse Rechtsgebiete. Es sind Fälle, welche namentlich von den Abteilungen II und III behandelt wurden. Diese waren von der IV-Pendenzenlast bzw. von den Personalwechseln und Krankheitsabsenzen der letzten Jahre besonders betroffen.

9 Verwaltungsrekurskommission

9.1 Personelles

In der Abteilung II/1 trat der landwirtschaftliche Fachrichter Pius Hager, Jona, nach 27-jähriger nebenamtlicher Tätigkeit auf das Jahresende zurück. Als Nachfolger wählte der Kantonsrat Ueli Frehner, Mels, als neuen landwirtschaftlichen Fachrichter. Im Berichtsjahr wurde eine Gerichtsschreiberin wegen Mutterschaft während rund sechs Monaten durch MLaw Sebastiaan van der Werff, ausserordentlicher Gerichtsschreiber, vertreten.

9.2 Geschäftslast

Ende 2014 waren 305 (Vorjahr: 267) Fälle pendent; im Berichtsjahr sind 1092 (1019) hinzugekommen. Davon betrafen 340 (351) das Abgaberecht (Steuern, Beiträge, Gebühren), 259 (189) das Verkehrsrecht (vor allem Administrativmassnahmen nach Strassenverkehrsrecht), 356 (339) die fürsorgerische Unterbringung sowie Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen und 98 (107) die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht (vor allem Haftüberprüfungen). Die restlichen 39 (33) Neueingänge verteilten sich auf die übrigen Sachgebiete.

Die Verwaltungsrekurskommission führte im Berichtsjahr 168 (176) Parteiverhandlungen, 13 (16) Augenscheine mit anschliessender Urteilsberatung, 20 (erstmalig erfasst) Kindesanhörungen und 25 (26) Gerichtssitzungen (das heisst Sitzungen mit Beratung jeweils mehrerer Entscheide ohne Parteiverhandlungen) durch. Insgesamt wurden 315 (327) Rekurse und Beschwerden durch das Gericht entschieden. 644 (546) Rekurse und Beschwerden sowie 96 (108) Haftanträge im Bereich der Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht wurden mittels Präsidialverfügung oder Einzelrichterentscheids erledigt. Zudem war im Geschäftsjahr über 54 (35) Begehren um unentgeltliche Prozessführung und 38 (24) Gesuche um Erteilung/Entzug der aufschiebenden Wirkung zu entscheiden. Weitere 7 Zwischenverfügungen betrafen die Anordnung vorsorglicher Massnahmen.

Insgesamt wurden 1055 (981) Fälle erledigt. Die Zahl der pendenten Fälle betrug per Ende 2015 342 (305). Davon wurden 5 im Jahr 2010, je 1 in den Jahren 2011 und 2012, 15 im Jahr 2013, 40 im Jahr 2014 und 280 im Jahr 2015 eingeschrieben. Die 5 im Jahr 2010 eingeschriebenen Fälle betrafen Rekurse gegen Beitragspläne. Sie waren bis November 2014 sistiert, weil das Bundesgericht vorerst über eine Landumlegung zu entscheiden hatte. 50 (36) Streitsachen waren per 31. Dezember 2015 sistiert. Über die Geschäftslast gibt die nachfolgende Tabelle Auskunft.

Übersicht über die im Jahr 2015 behandelten Rekurse, Beschwerden und Gesuche

	erledigt durch						
	am 1. Januar 2015 übernommen	Neueingänge 2015	Total	Gericht	Präsident	am 31. Dezember 2015 noch hängig	Weiterzüge
Abteilung I							
(Abgaben und öffentliche Dienstpflichten)							
1. Kammer	113	286	399	119	148	132	27
2. Kammer	21	54	75	22	38	15	6
Abteilung II							
(Schätzungen, Landwirtschaft und Jagd)							
1. Kammer	3	6	9	1	3	5	-
2. Kammer	11	18	29	7	7	15	2
3. Kammer	7	6	13	2	4	7	2
Abteilung III							
(Arbeitnehmerschutz, Berufsbildung und Sozialhilfe)							
	1	9	10	1	4	5	2
Abteilung IV							
(Verkehr)							
	64	259	323	54	196	73	15
Abteilung V							
(Fürsorgerische Unterbringungen und weitere Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen)							
	84	356	440	109	244	87	33
Abteilung VI							
(Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht)							
	1	98	99	-	96	3	3
Total	305	1092	1397	315	740	342	90

9.3 Art der Erledigung und Dauer der Verfahren

Über die Art der Geschäftserledigung gibt die nachfolgende Statistik Aufschluss:

	insgesamt	Abschreibung	Nichteintreten	Abweisung*	Gutheissung	teilweise Gutheissung	Davon Rückweisungen
Abteilung I							
(Abgaben und öffentliche Dienstpflichten)							
1. Kammer	267	151	2	55	37	22	24
2. Kammer	60	38	-	15	5	2	1
Abteilung II							
(Schätzungen, Landwirtschaft und Jagd)							
1. Kammer	4	3	-	1	-	-	-
2. Kammer	14	7	-	1	-	6	-
3. Kammer	6	4	-	2	-	-	-
Abteilung III							
(Arbeitnehmerschutz, Berufsbildung und Sozialhilfe)							
	5	4	-	1	-	-	-
Abteilung IV							
(Verkehr)							
	250	160	8	59	10	13	9
Abteilung V							
(Fürsorgerische Unterbringungen und weitere Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen)							
	353	243	7	70	28	5	1
Abteilung VI							
(Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht)							
	96	6	-	90	-	-	-
Total	1055	616	17	294	80	48	35

*Abt. VI: Bestätigung der Zwangsmassnahme

Die Verfahrensdauern der 1055 erledigten Streitsachen vom Eingang bis zur Zustellung des Entscheids, abzüglich der Dauer allfälliger Sistierungen, ergeben sich aus der folgenden Zusammenstellung:

Verfahrensdauer in Monaten	bis 1	1-3	3-6	6-9	9-12	12-15	15-18	über 18
Anzahl erledigte Verfahren	515	191	156	118	41	12	5	17
Vorjahr	492	135	170	109	37	1	2	35

Rund 82 Prozent der Streitsachen konnten innerhalb von 6 Monaten erledigt werden. Von den 17 Geschäften mit einer Verfahrensdauer von mehr als 18 Monaten betrafen 8 die Abteilung V (Kindes- und Erwachsenenschutz), 1 die Abteilung II/3 (Beitragsplan), 4 die Abteilung I/1 (davon 2 Steuerstrafen), 2 die Abteilung I/2 (Perimeterbeiträge) und 1 die Abteilung IV.

90 Entscheide der Verwaltungsrekurskommission wurden im Jahr 2015 beim Verwaltungsgericht oder beim Kantonsgericht (Abteilung V) angefochten. Von den im Berichtsjahr entschiedenen 84 Beschwerden wurden 38 abgewiesen, 5 teilweise und 6 vollständig gutgeheissen sowie 20 abgeschrieben. Auf 15 Beschwerden traten die oberen Gerichte nicht ein.

St.Gallen, 3. Februar 2016

Im Namen des Verwaltungsgerichtes
 Der Präsident:
 lic.iur. Beda Eugster